

Lfd-Nr.	Maßnahme/Projekt	Dst.	Hst.	Zweckbestimmung	L/S	Klima	Kosten (in TEUR)			davon Anteil BrhV.		Anpassung gegenüber 09.12.2025			Abbau Inves.-stau	Stärkung Resilienz	Digitalisierung
							gesamt	2026	2027	2026	2027	gesamt	2026	2027			
4. Soziale Infrastruktur, Teilhabe und Lebensqualität stärken																	
63.	Dokumenteausgabebox Bürgeramt	Bürgeramt	3997.812 02-5	T1-Nr.63 Dokumenteausgabebox Bürgeramt	S	-	250	250				30	30	0			++
64.	Dokumenteausgabebox Migrationsamt	Migrationsamt	3997.812 03-3	T1-Nr.64 Dokumenteausgabebox Migrationsamt	S	-	220	220				0	0	0			++
68.	Einführung KI-Antragsassistenten, Migrationsamt (KI-Migrationsamt)	Migrationsamt	3997.812 04-1	T1-Nr.68 Einführung KI Migrationsamt	S	-	1.000	450	550			0	-550	550			++
5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.												0 0 0					
73.	Smartphones bei der Polizei	Polizei	0997.812 08-5	T1-Nr.73 Beschaffung von Smartphones für die Polizei	L	-	1.200	427	773	120	120	0	-173	173	+		++
			0997.985 07-	An Hst. Bremerhaven, T1-Nr.73 Smartphones für die Polizei													
74.	Kühlung Technik-Serverraum Polizei	Polizei	0997.812 09-3	T1-Nr.74 Technik-Serverraum der Polizei	L	+	1.500	150	1.350			0	0	0	++	+	
75.	Lüftungsanlage, Kriminaltechnische Untersuchung (KTU)	Polizei	0997.812 10-7	T1-Nr.75 Lüftungsanlage KTU	L	-	2.500	800	1.700			0	0	0	++	(+)	
76.	Nutzeranteil; Sanierung Block 1, Polizei Bremen Niedersachsensdamm*	Polizei			L	+	1.200	600	600			0	0	0	(++)	(+)	
77.	sicherheitsrelevante digitale Infrastruktur und technische Sicherheitskomponeten	SIS, LfV	0997.812 11-5	T1-Nr.77 Sicherheitsrelevante digitale Infrastruktur und technische Sicherheitskomponeten	L	-	1.500	650	850			500	150	350	+	++	
78.	Erneuerung zentraler IT, Netzwerkkomponenten (...) bei der Polizei	Polizei	0997.812 12-3	T1-Nr.78 Erneuerung digitale Infrastruktur Polizei	L	-	1.030	850	180	150	80	0	-30	30	++	+	++
			0997.985 02-8	An Hst. Bremerhaven, T1-Nr.78 Erneuerung digitale Infrastruktur Polizei													
80.	Digitale Infrastruktur der Feuerwehr	Feuerwehr	3997.812 05-0	T1-Nr.80 Digitale Infrastruktur der Feuerwehr	S	-	625	435	190			0	110	-110	++	+	++
90.	Spezialschutzausstattung Polizei	Polizei	0997.812 13-1	T1-Nr.90 Spezialschutzausstattung der Polizei	L	-	500	500		67		0	0	0	+	+	
			0997.985 03-6	An Hst. Bremerhaven, T1-Nr.90 Spezialschutzausstattung der Polizei													
91.	reguläre Schutzausstattung und Einsatzmittel für Einsatzkräfte und Liegenschaften, Polizei	Polizei	0997.812 14-0	T1-Nr.91 Schutzausstattung der Polizei	L	-	750	750		122		0	0	0	+	++	
			0997.985 04-4	An Hst. Bremerhaven,T1-Nr.91 Schutzausstattung der Polizei													
92.	Sondertechnik der Polizei (Laborgeräte, Sondertechnik f. MEK/SE etc.)	Polizei	0997.812 15-8	T1-Nr.92 Sondertechnik der Polizei	L	-	750	750		53		0	0	0	+	++	
			0997.985 05-2	An Hst. Bremerhaven, T1-Nr.92 Sondertechnik der Polizei													
93.	Drohnenabwehrsystem Polizei*	Polizei			L	-	5.000	5.000				0	0	0		(++)	
94.	Beitritt Entwicklung IUA-Beweismittelnetz Polizei (Entwicklung Beweismitteldatenbank für IT-Forensik der Polizei)*	Polizei			L	-	2.600	1.300	1.300			0	0	0	(++)	(+)	(++)

*separate Vorlage

Die Senatorin für Inneres und Sport

Anlage 2: Maßnahmeblätter zur Senatsvorlage „Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres – Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG“

Inhalt

63 - Beschaffung einer Dokumentenausgabebox für das Bürgeramt.....	2
64 - Beschaffung einer Dokumentenausgabebox für das Migrationsamt	4
68 - Einführung KI-Antragsassistenten, Migrationsamt (KI-Migrationsamt)	6
73 - Flächendeckende Smartphones bei der Polizei (Bremen + Bremerhaven).....	9
74 - Kühlung Technik-Serverraum Polizei	13
75 - Lüftungsanlage, Kriminaltechnische Untersuchung (KTU).....	15
77 - Sicherheitsrelevante digitale Infrastruktur und technische Sicherheitskomponenten	17
78 - Erneuerung zentraler IT, Netzwerkkomponenten und Erweiterung Server	19
80 - Digitale Infrastruktur der Feuerwehr Bremen.....	26
90 - Spezialeinsatzausstattung Polizei	29
91 - reguläre Schutzausstattung und Einsatzmittel für Einsatzkräfte und Liegenschaften, Polizei31	
92 - Sondertechnik der Polizei (Laborgeräte, Sondertechnik f. MEK/SE etc.).....	33
95 - Personaleinsatzsteuerungstool Polizei.....	35
96 - Fahrzeugbeschaffungen Polizei	38
97 - Ladeinfrastruktur für Hybrid-Fahrzeuge 2026.....	40
98 - Verfügungsgebäude Polizei, Planungsmittel	42
100 - Fuhrpark und Geräte Katastrophenschutz.....	44
102 - Investitionsstau Geräteersatzbeschaffungen und Atemschutztechnik Feuerwehr Bremen.	47
103 - Planungsmittel Feuerwache 3 und Schwerpunktwehr West (Feuerwehr)	50
105 - Fahrzeugbeschaffungen Feuerwehr Bremen	53

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIFG
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel	2. Ansprechperson/Tel-Nr.		
SIS Bürgeramt / 3058	Herr Frank Seeliger / 361 15247 Herr Markus Geier / 361 59064		
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIFG vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIFG vom 09.12.2025		
63 - Beschaffung einer Dokumentenausgabebox für das Bürgeramt	2026: 220.000 2027: 0		
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel		
Das Bürgeramt stellt mitunter den häufigsten Kontakt von Bürger*innen mit dem Staat dar. Um Effizienzen im Terminangebot und bei der Erledigung von Kundenanliegen im Bürgerservice zu verbessern, sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich.	D – Soziale Infrastruktur, Teilhabe und Lebensqualität stärken		
7. Maßnahmenbeschreibung:			
Beschaffung einer DAB (Dokumentenausgabebox) inkl. Lieferung und Inbetriebnahme für das Bürgeramt. Eine Dokumentenausgabebox ist ein automatisiertes System, das eingesetzt wird, um Dokumente wie Reisepässe oder Personalausweise auszugeben. Bürger können ihre Dokumente dadurch auch ohne Termin und außerhalb der regulären Sprechzeiten abholen, indem sie einen Code und ihr Geburtsdatum eingeben und das Fach sich dann automatisch öffnet.			
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:			
Beginn: 2026 Voraussichtliches Ende: 2026			
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
Beschaffung, Lieferung und Inbetriebnahme einer DAB (Dokumentenausgabebox).			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Gerät wurde geliefert und in Betrieb genommen.	Stück	1	-

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 250.000 € Davon 220.000 € Beschaffung der Hardware (Master Uni+Module) sowie rd. 30.000 € sonstige Kosten (Installation, Aufbau, Lieferung).

Die Senatorin für Inneres und Sport

Der zusätzliche Mittelbedarf i.H.v. 30.000 € wird durch niedrigere erwartete Ausgaben bei der Maßnahme-Nr. 95 gedeckt.

Verschiebungen der Mittelbedarfe von 2026 in das Jahr 2027 können, z. B. aufgrund von force majeure, Lieferproblemen/-verzögerungen oder anderen, nicht in der Sphäre des SIS gelegenen Verzögerungen, nicht ausgeschlossen werden.

12. Darstellung von Folgekosten

(Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dass dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden können.)

Es werden Folgekosten in Höhe von 20-40.000 € p.a. für die Wartung/Pflege der Box erwartet, die aus der Haushaltstelle 3950.539 46-0 gedeckt werden.

13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus

(Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im konsumtiven Haushalt erwartet?)

14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)

Keine Auswirkung

15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)

Keine Auswirkung

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen

- WU-Übersicht
- WiBe

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel		2. Ansprechperson/Tel-Nr.	
SIS Migrationsamt / 3056		Herr Frank Seeliger / 361 15247 Herr Markus Geier / 361 59064	
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIFG vom 09.12.2025		4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIFG vom 09.12.2025	
64 - Beschaffung einer Dokumentenausgabebox für das Migrationsamt		2026: 220.000 2027: 0	
5. Beitrag zum Handlungsfeld		6. Oberziel	
Das Migrationsamt stellt häufig einen der ersten Kontakte von (künftigen) Bürger*innen mit dem deutschen Staat dar. Um Effizienzen im Terminangebot und bei der Erledigung von insbesondere Einbürgerungen zu verbessern, sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich.		D – Soziale Infrastruktur, Teilhabe und Lebensqualität stärken	
7. Maßnahmenbeschreibung:			
Beschaffung einer DAB (Dokumentenausgabebox)) inkl. Lieferung und Inbetriebnahme für das Migrationsamt. Eine Dokumentenausgabebox ist ein automatisiertes System, das eingesetzt wird, um Dokumente wie Aufenthaltstitel o. ä. auszugeben. Personen können ihre Dokumente dadurch auch ohne Termin und außerhalb der regulären Sprechzeiten abholen, indem sie einen Code und ihr Geburtsdatum eingeben, und das Fach sich dann automatisch öffnet.			
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:			
Beginn: 2026 Voraussichtliches Ende: 2026			
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
Beschaffung, Lieferung und Inbetriebnahme einer DAB (Dokumentenausgabebox).			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Gerät wurde geliefert und in Betrieb genommen.	Stück	1	-

Die Senatorin für Inneres und Sport

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 220.000 € Davon 190.000 € Beschaffung der Hardware (Master Uni+Module) sowie rd. 30.000 € sonstige Kosten (Installation, Aufbau, Lieferung). Verschiebungen der Mittelbedarfe von 2026 in das Jahr 2027 können, z. B. aufgrund von force majeure, Lieferproblemen/-verzögerungen oder anderen, nicht in der Sphäre des SIS gelegenen Verzögerungen, nicht ausgeschlossen werden.
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dass dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden können.)
Es werden Folgekosten in Höhe von 20-40.000 € p.a. für die Wartung/Pflege der Box erwartet, die aus der Haushaltstelle 3950.539 46-0 (KSt. 2210 0000; Innenauftrag I1791040) gedeckt werden.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)

14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Keine Auswirkung
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Keine Auswirkung

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht
- WiBe
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel	2. Ansprechperson/Tel-Nr.
Die Senatorin für Inneres und Sport	Frank Seeliger 0421-36115247
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIFG vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIFG vom 09.12.2025
68 - Einführung KI-Antragsassistenten, Migrationsamt (KI-Migrationsamt)	2026: 1.000.000 € 2027: /
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel
Das Migrationsamt stellt häufig einen der ersten Kontakte von (künftigen) Bürger*innen mit dem deutschen Staat dar. Um Effizienzen im Terminangebot und bei der Erledigung von insbesondere Einbürgerungen zu verbessern, sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich.	4. Soziale Infrastruktur, Teilhabe und Lebensqualität stärken
7. Maßnahmenbeschreibung:	
In den Bereichen Einbürgerung und Aufenthalt des Migrationsamtes soll ein KI-Tool zur intelligenten und automatisierten Posteingangsverarbeitung implementiert werden. Hierfür ist der Erwerb von Nutzungsrechten an der KI-Software erforderlich, die nach § 2 Absatz 2 Satz 2 LuKIFG-VV förderfähig wäre. Eingehende Unterlagen werden mit Hilfe des KI-Tools erkannt, klassifiziert und dank einer automatischen Extraktion notwendiger Informationen der jeweiligen Akte zugeordnet. Weiterhin sollen eingehende Dokumente durch die KI auf Vollständigkeit geprüft werden. Im Zusammenhang mit der Implementierung des KI-Tools im Bereich Aufenthalt wird geprüft, ob aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen eine Umstellung des aktuellen Fachverfahrens auf ein neues VOIS-Produkt erfolgen soll.	
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:	
Beginn: 01.01.2026 Voraussichtliches Ende: 31.12.2027 (bei Einführung eines VOIS-Produkts)	
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Vergabeverfahren durchführen	KI-Firma beauftragt; 15.03.2026
Entwicklung und Pilotierung im Bereich Einbürgerung	Installation und Einrichtung des Systems sowie Anbindungen an die Folgesysteme; 15.05.2026
Rollout im Bereich Einbürgerung	Testen des Workflows und Prompt-Engineering; 15.06.2026
Produktivbetrieb des KI-Tools im Bereich Einbürgerung	GO-Live des KI-Tools in der dSecureCloud; 30.06.2026

Die Senatorin für Inneres und Sport

Entwicklung und Pilotierung im Bereich Aufenthalt	Installation und Einrichtung des Systems sowie Anbindungen an die Folgesysteme; 31.08.2026		
Rollout im Bereich Aufenthalt	Testen des Workflows und Prompt-Engineering; 30.09.2026		
Produktivbetrieb im Bereich Aufenthalt (bei vorheriger Einführung eines VOIS-Produktes Verschiebung um einige Monate)	GO-Live des KI-Tools in der dSecureCloud; 15.10.2026		
Optimierung der KI-Modelle und des Workflows in den Bereichen Einbürgerung und Aufenthalt	30.06.2027		
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
- Erhöhung des Automatisierungsgrades des Migrationsamtes durch Einführung eines KI-Tools zur Posteingangsverarbeitung und Vollständigkeitsprüfung - Sinken der Bearbeitungszeiten in den Bereichen Einbürgerung und Aufenthalt - Vollständige Anbindung und Integration des KI-Tools in die bestehenden Systeme - Schulung der Mitarbeitenden im Umgang mit dem KI-Tool			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Die Software wurde implementiert. Die Einführung ist abgeschlossen.	Stück	-	1

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:		
Gesamt: 1.000.000 €		
2026: 450.000 €		
2027: 550.000 €		
Davon:		
	2026	2027
Entwicklung (Projektausgaben)		
Personalkosten IT-Dienstleister	138.000,00 €	0,00 €
Anschaffung Software	17.000,00 €	7.500,00 €
Ersteinrichtung Software (EHdB)	35.000,00 €	0,00 €
Sonstige Kosten		0,00 €
Betriebsaufnahme Infrastruktur	60.000,00 €	100.000,00 €
Entwicklung Nachnutzung im Bereich Aufenthalt	200.000,00 €	442.500,00 €
Verschiebungen der Mittelbedarfe von 2026 in das Jahr 2027 können, z. B. aufgrund von force majeure, Lieferproblemen/-verzögerungen oder anderen, nicht in der Sphäre des SIS gelegenen Verzögerungen, nicht ausgeschlossen werden.		
12. Darstellung von Folgekosten		

Die Senatorin für Inneres und Sport

(Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden müssen.)
Die Betriebserprobungskosten ab Abnahme bis Ende 2027 in Höhe von 25.000 € / Jahr werden durch den Haushalt des Senators für Finanzen getragen. Die ab 2028 anfallenden Regelbetriebskosten in Höhe von 25.000 € / Jahr sollen durch den konsumtiven IT-Haushalt der öffentlichen Ordnung (KSt. 2210 0000; Innenauftrag I1791040) getragen werden. Die Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung ist aufgrund des laufenden Geschäfts nicht erforderlich.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
N/A
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Die Einführung eines KI-Tools im Migrationsamt hat, auf Basis des Klima-Checks, voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Geschlechtsspezifische Auswirkungen sind durch die Implementierung eines KI-Tools im Migrationsamt nicht zu erwarten.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht - WiBe
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung

Sofortinvestitionsprogramm LuKIF

Inneres

<u>1. Dienststelle/Kapitel</u>	<u>2. Ansprechperson/Tel-Nr.</u>
Polizei Bremen & Ortspolizeibehörde Bremerhaven	<u>PolHB:</u> 1. Markus Herbst, AL Z 4, Tel. -3724 2. Uwe Waßmann, ASL Z 444, Tel. -12791 <u>OPB:</u> 1. Carola Barnewold, AL 90/2, Tel. -1200 2. Lothar Hoops, SBL 90/24, Tel. -1240 <u>SIS:</u> 1. Katharina Liebs, SIS 10-7, Tel. -19 665 2. Frank Seeliger, SIS 10, Tel. -15 247
<u>3. Lfd-Nummer</u>	<u>4. Finanzierungsrahmen</u>
<u>aus Liste LuKIF vom 09.12.2025</u>	<u>aus Liste LuKIF vom 09.12.2025</u>
73 - Flächendeckende Smartphones bei der Polizei (Bremen + Bremerhaven)	2026: 600 TEUR 2027: 600 TEUR
<u>5. Beitrag zum Handlungsfeld</u>	<u>6. Oberziel</u>
Die weitere Ausstattung der Polizei mit mobilen Endgeräten ermöglicht die Digitalisierung/weitere Nutzerkreise von polizeilichen Informations- und Bearbeitungssystemen.	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.
<u>7. Maßnahmenbeschreibung:</u>	
Die Beschaffung von mobilen Endgeräten: - Für die Polizei Bremen sollen insgesamt ca. 715 Neugeräte, inkl. Lizenzen sowie nutzerspezifische Apps beschafft werden. - Für die OPB Bremerhaven sollen insgesamt ca. 290 Neugeräte, inkl. Lizenzen sowie nutzerspezifische Apps beschafft werden.	
<u>8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:</u>	
Beginn: Q3/2026 / Voraussichtliches Ende: Q4/2027 PolHB und OPB	

Die Senatorin für Inneres und Sport

<u>Hauptaktivitäten/Arbeitspaket</u>	<u>Meilensteine</u>
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Beschaffung Endgeräte Teil 1	31.10.2026: Endgeräte sind beschafft
Vorbereitung und Konfiguration Endgeräte Teil 1	31.12.2026: Endgeräte sind vorbereitet und konfiguriert
Rollout Endgeräte Teil 1	31.03.2027: Endgeräte sind verteilt
Beschaffung Endgeräte Teil 2	30.04.2027: Endgeräte sind beschafft
Vorbereitung und Konfiguration Endgeräte Teil 2	30.08.2027: Endgeräte sind vorbereitet und konfiguriert
Rollout Endgeräte Teil 2	31.12.2027: Endgeräte sind verteilt

9. Maßnahmenziel:

(Welche Ziele werden angestrebt?)

Erreichung der nutzungsoptimierten Zielzahl der Polizei Bremen und der OPB Bremerhaven für eine flächendeckende Ausstattung der operativen Einsatz- und Führungskräfte mit mobilen Endgeräten (Smartphones und Tablets).

<u>10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung</u>	<u>Einheit</u>	<u>Planwert 2026</u>	<u>Planwert 2027</u>
Beschaffung PolHB:	Stück	-	715
Beschaffung OPB:	Stück	-	290

Weitergehende Ausführungen

<u>11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:</u>
<u>PolHB</u> 2026: 307 TEUR 2027: 653 TEUR Insgesamt 960 TEUR für Polizei Bremen <u>OPB</u> 2026 120 TEUR 2027 120 TEUR Insgesamt 240 TEUR für die OPB Bremerhaven

Gesamt PolHB + OPB

2026: 427 TEUR

2027: 773 TEUR

= 1.200 TEUR

Davon:

		2026	2027	2028	2029
Personalkosten IT-Dienstleister		0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Anschaffung Software	Lizenzen MDM, eToken	100.000,00 €	185.000,00 €	0,00 €	0,00 €
Anschaffung Hardware	iPhones/Tablets	327.000,00 €	588.000,00 €	0,00 €	0,00 €
Schulung		0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Migrationskosten dezentral		0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Migrationskosten übergr. Komponenten		0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Kosten		0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Zwischensumme Entwicklung		427.000,00 €	773.000,00 €	0,00 €	0,00 €
Produktion (Betriebsausgaben)	Die Betriebsausgaben als Folgekosten der LuKIF-Maßnahme werden durch den Haushalt der Polizei getragen				
Personalkosten dezentral		0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Personalkosten zentral		0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Betrieb Infrastruktur	Mobilfunkvertrag, MDM-Lizenzen	0,00 €	39.000,00 €	115.800,00 €	118.116,00 €

12. Darstellung von Folgekosten

(Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden müssen.)

PolHB:

Folgekosten 2027: ca. 27 TEUR (Bereits im Status Quo fallen Betriebs- und Wartungskosten für die mobilen Endgeräte der Polizei)

Folgekosten 2028: ca. 85,8 TEUR (Bereits im Status Quo fallen Betriebs- und Wartungskosten für die mobilen Endgeräte der Polizei)

OPB

Folgekosten 2027: ca. 12 TEUR

Folgekosten 2028: ca. 30 TEUR

Die Folgekosten werden durch die Haushalte der Polizei Bremen und der Ortspolizei Bremerhaven getragen.

13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus

(Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im konsumtiven Haushalt erwartet?)

Ja. Alle Maßnahmen tragen zum Abbau des Investitionsstaus bei, führen aber zu keinen Entlastungen im konsumtiven Haushalt.

14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)

Die Maßnahme hat prognostisch geringe positive, allerdings schwer messbare Auswirkungen auf das Klima.

Die Senatorin für Inneres und Sport

15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)

Die Maßnahme ist geschlechterneutral.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen

- WU-Übersicht
- WiBe

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel Polizei	2. Ansprechperson/Tel-Nr. H. Mintert/ 362-12183		
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF		
74 - Kühlung Technik-Serverraum Polizei	2026: 150 T€ 2027: 1.350 T€		
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel		
Der Technik-Serverraum der Polizei ist die Grundinfrastruktur für die digitalen Verfahren der Polizei, ohne die keine weitere Digitalisierung der Polizeiarbeit möglich wäre.	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.		
7. Maßnahmenbeschreibung:			
Im Polizeipräsidium Vahr befindet sich der zentrale Technikraum (Metall-Container) der Polizei. Die dort verbaute Server-Technik ist u.a. für die Notruf- und Funkvermittlung (110-Prozess), zentrale Speicherstruktur, Datenbanken, DV-Fachanwendungen und Anbindungstechnik zum BKA und Dataport verantwortlich. Der Raum muss durchgängig be- und entlüftet und je nach Jahreszeit unterschiedlich stark gekühlt werden. Die Lüftungsanlage versorgt neben dem Technikraum ebenfalls die Leitstelle, inkl. der angeschlossenen Sonderlagerräume der Polizei. Die Anlage ist 25 Jahre alt, entspricht nicht mehr den aktuellen Kühllastanforderungen und kann nicht mehr verlässlich gewartet und repariert werden, so dass unkalkulierbare Ausfallrisiken bestehen. Eine Migration der gesamten Serverstruktur zu Dataport wäre mit deutlichen Finanzierungsmehrbedarfen verbunden und ist zeitlich nicht in der erforderlichen Zeit realisierbar.			
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:			
Beginn: 01/2026 Voraussichtliches Ende: 12/2027			
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?		Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)	
Erweiterte ES-Bau		01/27	
Ausschreibung/ Vergabe		05/27	
Baudurchführung		07/27 – 12/27	
Übergabe		01/28	
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
Sicherstellung des ausfallsicheren Betriebes der Klima- und Lüftungstechnik für Serverraum und Leitstelle.			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027

Die Senatorin für Inneres und Sport

Fertigstellung der Anlage	Zeitpunkt	-	12/27
---------------------------	-----------	---	-------

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 150 T€ 2027: 1.350 T€ (Für die Beschaffung und Installation/Einbau der Kühlungsanlage)
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dass dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden können.)
Wartung und Betrieb, diese Kosten fallen bereits an, wobei die Stromverbräuche der neuen Lüftungsanlage geringer ausfallen werden.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
Geringerer Stromverbrauch aufgrund aktueller und dann neuer Anlagentechnik.
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Geringerer Stromverbrauch aufgrund aktueller und dann neuer Anlagentechnik.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Alle Geschlechter profitieren gleichermaßen von der Maßnahme

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht
- ...

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung Sofortinvestitionsprogramm LuKIF Inneres

1. Dienststelle/Kapitel	2. Ansprechperson/Tel-Nr.		
Polizei	H. Mintert/ 362-12183		
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF		
75 - Lüftungsanlage, Kriminaltechnische Untersuchung (KTU)	2026: 800 T€ 2027: 1.700 T€		
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel		
Das Kriminaltechnische Institut gehört zur Grundinfrastruktur der Strafverfolgung.	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.		
7. Maßnahmenbeschreibung:			
Raumluftechnische Anlage im Kriminaltechnischen Institut (KTI): Die Anlage ist 25 Jahre alt, entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen und kann nicht mehr verlässlich gewartet und repariert werden, so dass unkalkulierbare Ausfallrisiken bestehen. Aktuell bestehen bereits Einschränkungen des Laborbetriebs aufgrund der Arbeitsschutzanforderungen. Bei Totalausfall wäre keine ordnungsgemäße Strafverfolgung, insbesondere im BTM-Bereich, mehr möglich. Die Anlage ist nicht erweiterungsfähig, so dass dringend benötigte Laborkapazitäten nicht geschaffen werden können und bereits ein Abarbeitungstau besteht. Neben der geplanten Kapazitätserweiterung sollen darüberhinausgehende Modernisierungsmaßnahmen für den Laborbereich erfolgen. Diese sind aber im Kontext der Erneuerung der Lüftungsanlage von der Dimension und den Kostenanteilen nachrangig einzustufen.			
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:			
Beginn: 06/25 Voraussichtliches Ende:12/28			
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)		
VGW-Ausschreibung	06/2026		
Erweiterte ES-Bau	01/27		
Ausschreibung/ Vergabe	06/27		
Baudurchführung	10/27 – 11/28		
Übergabe	12/28		
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
Sicherstellung des ausfallsicheren und arbeitsschutzkonformen Betriebes der Labore der KTI.			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027

Die Senatorin für Inneres und Sport

Baubeginn in 2027 zur Sicherstellung der Übergabe Ende 2028.	Zeit	-	10/2027
--	------	---	---------

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 800 T€ 2027: 1.700 T€
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dass dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden können.)
Für den Abschluss der baulichen Herrichtungsmaßnahmen im Jahr 2028 und 2029 werden weitere Ausgabe iHv insgesamt rd. 600T€ erwartet, die in der Finanzplanung aus der Hst 0034.884 15-3 „An SVIT für Sanierung Bereitschaftspolizei getragen werden. Hierfür ist die Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung erforderlich(VE). Wartung und Betrieb, diese Kosten fallen bereits an, wobei die Stromverbräuche der neuen Lüftungsanlage geringer ausfallen werden.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
Geringerer Stromverbrauch aufgrund aktueller und dann neuer Anlagentechnik.
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Geringerer Stromverbrauch aufgrund aktueller und dann neuer Anlagentechnik.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Alle Geschlechter profitieren gleichermaßen von der Maßnahme.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht
- ...

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel		2. Ansprechperson/Tel-Nr.	
Senatorin für Inneres und Sport Abt. 4 0032		Referatsleitung 40; 0421 5377 205	
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025		4. Finanzierungsrahmen	
77 - Sicherheitsrelevante digitale Infrastruktur und technische Sicherheitskomponenten		2026: 500.000 € 2027: 500.000 €	
5. Beitrag zum Handlungsfeld		6. Oberziel	
Die Ertüchtigung der digitalen Infrastruktur des Nachrichtendienstes ist Grundvoraussetzung für einen resilienten Staat.		5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken	
7. Maßnahmenbeschreibung:			
Die Investitionen aus Mitteln des Sondervermögens werden in zwei Vorhaben getätigt, welche die Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Verfassungsschutzes vor dem Hintergrund der geopolitischen Krisensituation und neuen Bedrohungslage deutlich stärken und ausbauen. Das erste Vorhaben ist die Härtung und der Ausbau der sicherheitsrelevanten technischen Infrastruktur und Mittel (Hardwareerneuerung, Server, Netzwerkkomponenten). Das zweite Vorhaben ist der Ausbau Kryptierter Kommunikation wie auch weiterer Maßnahmen zur Steigerung der Abhörsicherheit, u.a. der Bau eines BSI-zertifizierten abhörsicheren Raumes.			
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:			
Beginn: mit Gremienbeschluss Voraussichtliches Ende: Dezember 2027 Aufgrund der Einstufung der Vorhaben als Verschlussache sind keine Informationen über Arbeitspakete, Meilensteine oder etwaige Kennzahlen zulässig.			
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
Die Maßnahmen werden sowohl die BSI-Konformität des Verfassungsschutzes erhöhen wie auch die Arbeitsweise des LfV technisch maßgeblich verbessern.			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
--

Die Senatorin für Inneres und Sport

2026: 650.000 €
2027: 850.000 €
Gesamt: 1.500.000 €

Der finanzielle Mehrbedarf iHv 0,5 Mio. € entsteht aufgrund von aktualisierten Angebotspreisen/Kostenindikatoren, die zum Zeitpunkt 09.12.2025 noch nicht bekannt waren. Die erforderlichen Kürzungen werden bei der Maßnahme Nr. 96 Fahrzeuge vorgenommen.

12. Darstellung von Folgekosten

(Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dass dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden können.)

Etwaige Folgekosten werden innerhalb des Dienststellenbudgets gedeckt.

13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus

(Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im konsumtiven Haushalt erwartet?)

N/A

14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)

Keine Auswirkungen

15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)

Alle Geschlechter sind von den Maßnahmen gleichermaßen betroffen.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen

- ...

Begründung, falls keine WU-Übersicht beigefügt wurde

Die Wirtschaftlichkeitsbegründung unter Nennung und Prüfung existenter Alternativen ist als Verschlussache eingestuft und somit nicht zur Veröffentlichung geeignet.

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel	2. Ansprechperson/Tel-Nr.
Polizei Bremen & Ortspolizeibehörde Bremerhaven / 0034 bzw. 6110	<i>PolHB:</i> Markus Herbst, AL Z 4, Tel. -3724 Philipp Hartmann, ASL Z 434, Tel. -12277 <i>OPB:</i> Carola Barnewold AL 90/2, Tel. -1200 Lothar Hoops SBL 90/24, Tel. -1240 <i>S/S:</i> Katharina Liebs, 10-7, Tel: 361-19665 Frank Seeliger, 10, Tel: 361-15247
3. Lfd-Nummer	4. Finanzierungsrahmen
aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	aus Liste LuKIF vom 09.12.2025
78 - Erneuerung zentraler IT, Netzwerkkomponenten und Erweiterung Server	2026: 880 TEUR 2027: 150 TEUR Insgesamt 1.030 TEUR
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel
Die IT-Infrastruktur der Polizei ist die Grundvoraussetzung für die (weitere) Digitalisierung von Polizeiarbeit und Resilienzstärkung.	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.
7. Maßnahmenbeschreibung:	
PolHB: Erneuerung zentraler IT, Netzwerkkomponenten und Erweiterung Server: 1. Netzwerkanpassung VoIP / Erneuerung Switche 2. Virtualisierung Server 3. Erweiterung Backup Server OPB: ITK-Infrastruktur Ortspolizeibehörde BHV 4. Segmentierung Server- und Netzwerkinfrastruktur 5. Ausbau der Enterprise WLAN-Lösung 6. Supportabsicherung der Serverinfrastruktur 7. Zusätzliche Module für die Einsatzleitstelle A.) PolHB Zu 1. Netzwerkanpassung VoIP / Erneuerung Switche ▪ Ersatzbeschaffung von Switches und Hardware inkl. des dazugehörigen Wartungsvertrages Zu 2. Virtualisierung Server ▪ Virtualisierung bestehender Server und Prüfung und Umsetzung der notwendigen Neustrukturierung insbesondere des virtuellen Desktops aufgrund der geänderten Geschäftspolitik des Herstellers. Dies beinhaltet u. a. Ersatz- und Neubeschaffung von Hardware und sowie den Einkauf von Softwarelizenzen und deren Implementierung. Zu 3. Erweiterung Backup Server	

- Erweiterung des Backup-Systems um mindestens 50 TB, um alle neuen Systeme sichern zu können. Beschaffung von Lizenzen.

B.) OPB

Zu 4. Segmentierung Server- und Netzwerkinfrastruktur

- Neubeschaffung und Inbetriebnahme von Netzwerk- und Serverkomponenten, um die Server- und Netzwerkinfrastruktur zu segmentieren und damit die IT-Sicherheit und Stabilität zu erhöhen, Risiken bei Sicherheitsvorfällen zu reduzieren und die Compliance- sowie Skalierbarkeit zu unterstützen.

Zu 5. Ausbau der Enterprise WLAN-Lösung

- Ausbau der WLAN-Infrastruktur in drei weiteren Liegenschaften der Ortspolizeibehörde Bremerhaven.

Zu 6. Hardwaretausch zur Supportabsicherung der Serverinfrastruktur

- Absicherungs- und Planungsmaßnahmen (Dienstleistung/Hardware-Tausch) mit dem Hersteller zur Sicherstellung der komplexen Leitstelleninfrastruktur und der angebundenen Polizeinetzsysteme (CNP). Ziel ist die Supportabsicherung und Risikominimierung von Datenverlusten und Verfügbarkeitseinbußen sowie die Vorbereitung für zukünftige Maßnahmen.

Zu 7. Zusätzliche Module für die Einsatzleitstelle

- Für die Einsatzleitstelle der OPB sollen zwei neue Module implementiert werden, die die Kommunikation mit dem BürgerInnen qualitativ steigert.
- Implementierung des Moduls Live Translation
- Implementierung des Moduls „Standortfeststellung“

8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:

Zu 1. Netzwerkanpassung VoIP / Erneuerung Switche

Beginn: Q1/2026 / Voraussichtliches Ende: Q4/2026

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Beschaffung Switche (Q2/2026)	30.06.2026: Switche sind beschafft
Einbau Switche (bis Ende Q4/2026)	31.12.2026: Switche sind eingebaut

Zu 2. Virtualisierung Server

Beginn: Q2/2026 / Voraussichtliches Ende: Q4/2027

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Proof of Concept (PoC) inkl. Validierung [Machbarkeitsstudie] (Q2/2026)	30.06.2026: PoC ist durchgeführt
Entscheidung basierend auf den Ergebnissen des PoC (Q3/2026)	30.9.2026: Entscheidung zur Umsetzung der zukünftigen technischen Lösung ist getroffen
Beschaffung basierend auf den Ergebnissen des PoC (Q4/2026)	31.12.2026: Erforderliche Komponenten sind beschafft
Produktivsetzung (bis Ende Q4/2027)	31.12.2027: Technische Lösung ist produktiv gesetzt

Zu 3. Erweiterung Backup Server

Beginn: Q3/2026 / Voraussichtliches Ende: Q4/2027

Die Senatorin für Inneres und Sport

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Beschaffung Erweiterung Backup Teil 1 (Q3/2026)	30.09.2026: Beschaffung Backup Teil 1 ist abgeschlossen
Produktivsetzung Erweiterung Backup Teil 1 (Q4/2026)	31.12.2026: Erweiterung Backup Teil 1 ist produktiv gesetzt
Beschaffung Erweiterung Backup Teil 2 (Q3/2027)	30.09.2027: Beschaffung Backup Teil 2 ist abgeschlossen
Produktivsetzung Erweiterung Backup Teil 2 (Q4/2027)	31.12.2027: Erweiterung Backup Teil 2 ist produktiv gesetzt

OPB

Zu 4. Segmentierung Server- und Netzwerkinfrastruktur

Beginn: Q3/2026 / Voraussichtliches Ende: Q4/2027

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Beschaffung Hard- und Softwarekomponenten Teil 1	30.09.2026: Beschaffung abgeschlossen
Produktivsetzung Teil 1	31.03.2027: Segmentierung wurde umgesetzt
Beschaffung Hard- und Softwarekomponenten Teil 2	30.06.2027 Beschaffung abgeschlossen
Produktivsetzung Teil 2	31.12.2027: Segmentierung wurde umgesetzt

Zu 5. Ausbau der Enterprise WLAN-Lösung

Beginn: Q2/2026 / Voraussichtliches Ende: Q4/2027

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Beschaffung WLAN-Komponenten (Q2/2026) Teil 1	30.06.2026: Beschaffung ist abgeschlossen
Produktivsetzung Teil 1	31.12.2026: Mindestens eine weitere Liegenschaft ist angeschlossen
Beschaffung WLAN-Komponenten (Q2/2026) Teil 2	31.03.2027: Beschaffung ist abgeschlossen
Produktivsetzung Teil 2	30.11.2027: die letzten beiden Liegenschaften sind angeschlossen

Zu 6. Supportabsicherung der Serverinfrastruktur

Beginn: Q3/2026 / Voraussichtliches Ende: Q4/2027

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)

Die Senatorin für Inneres und Sport

Beschaffung Supportunterstützung	30.09.2026: Beschaffung Backup Teil 1 ist abgeschlossen
Migrationsplanung startet	01.01.2027 Migrationsplanung der EoL Serverlandschaft beginnt
Migrationskonzept steht	31.12.2027 Das Migrationskonzept für die Serverlandschaft steht

Zu 7. Zusätzliche Module für die Einsatzleitstelle
Beginn: Q3/2026 / Voraussichtliches Ende: Q4/2027

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Beschaffung der Module, Standortfeststellung und Übersetzung	30.09.2026: Beschaffung ist abgeschlossen
Produktivsetzung	31.12.2027: Produktivsetzung ist abgeschlossen

9. Maßnahmenziel:
(Welche Ziele werden angestrebt?)

Die Maßnahme verfolgt das Ziel, dringende Erneuerungen/Ersatzbeschaffungen im Bereich der IT-Infrastruktur der Polizeien zu realisieren bestehende Systeme/Infrastruktur so zu erweitern, dass sie den aktuellen (technischen) Anforderungen entsprechen.

POL HB

Zu 1. Netzwerkanpassung VoIP / Erneuerung Switche

- Switches, die seit über zwei Jahren End-of-Life sind, sind ausgetauscht.

Zu 2. Virtualisierung Server

- Bestehende Struktur zur mobilen Arbeit ist erneuert.

Zu 3. Erweiterung Backup Server

- Backup-Server ist erweitert.

OPB

Zu 4. Segmentierung Server- und Netzwerkinfrastruktur

- Die Segmentierung von Server- und Netzwerkinfrastruktur ist erfolgt.

Zu 5. Ausbau der Enterprise WLAN-Lösung

- Drei Liegenschaften der OPB sind mit einer Enterprise WLAN- Infrastruktur ausgestattet.

Zu 6. Supportabsicherung der Serverinfrastruktur

- Der Betrieb der bestehenden Serverinfrastruktur ist sichergestellt.

Zu 7. Zusätzliche Module für die Einsatzleitstelle

- Für die Einsatzleitstelle der OPB sind zwei neue Module implementiert.

10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
POL HB			
Zu 1. Netzwerkanpassung VoIP/Erneuerung Switche:	Stück	-	1

Die Senatorin für Inneres und Sport

Netzwerkanpassung wurde durchgeführt (Austausch EoL-Switches erfolgt).	“	-	“
Zu 2. Virtualisierung Server: Produktivsetzung der neuen Virtualisierungslösung	“	-	“
Zu 3. Erweiterung Backup Server: Abschluss Inbetriebnahme des Backupspeichers			
OPB	“	-	“
zu 4. Segmentierung Server- und Netzwerkinfrastruktur: Inbetriebnahme der segmentierten Server- und Netzwerkinfrastruktur	%	-	100%
zu 5. Ausbau der Enterprise WLAN-Lösung: Abschluss der Inbetriebnahme von WLAN in drei Liegenschaften			
zu 6. Supportabsicherung der Serverinfrastruktur:	Stück	1	-
- Vertragsabschluss	“	-	1
- Abschluss Erstellung Migrationskonzept	“	-	2
zu 7. Zusätzliche Module für die Einsatzleitstelle: Abschluss der Inbetriebnahme von zwei Modulen			

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:			
Maßnahmen	Kosten 2026 (in TEUR)	Kosten 2027 (in TEUR)	Summe 2026-2027
1. Netzwerkanpassung VoIP/Erneuerung Switches	400 TEUR	0 TEUR	400 TEUR
2. Virtualisierung Server	225 TEUR	25 TEUR	250 TEUR
3. Erweiterung Backup Server	75 TEUR	75 TEUR	150 TEUR
Pol HB Summe	<u>700 TEUR</u>	<u>100 TEUR</u>	<u>800 TEUR</u>

Die Senatorin für Inneres und Sport

4. Segmentierung Server- und Netzwerkinfrastruktur	60 TEUR	30 TEUR	90 TEUR
5. Ausbau der Enterprise WLAN-Lösung	20 TEUR	10 TEUR	30 TEUR
6. Supportabsicherung der Serverinfrastruktur	60 TEUR	30 TEUR	90 TEUR
7. Zusätzliche Module für die Einsatzleitstelle	10 TEUR	10 TEUR	20 TEUR
OPB Summe	150 TEUR	80 TEUR	230 TEUR
Gesamt	850 TEUR	180 TEUR	1030 TEUR

Verschiebungen der Mittelbedarfe von 2026 in das Jahr 2027 können, z. B. aufgrund von force majeure, Lieferproblemen/-verzögerungen oder anderen, nicht in den Sphären der Polizei Bremen bzw. der Ortpolizei Bremerhaven gelegenen Verzögerungen, nicht ausgeschlossen werden.

Über den geplanten Finanzierungsrahmen hinausgehende Kosten für die Umsetzung der vorgenannten Maßnahmen werden durch den Haushalt der jeweiligen Polizeibehörde gedeckt.

12. Darstellung von Folgekosten

(Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden müssen.)

Maßnahmen	Folgekosten 2027 (in TEUR)	Folgekosten 2028 (in TEUR)
POL HB		
1. Netzwerkanpassung VoIP / Erneuerung Switches -> 20 % Folgekosten	80 TEUR	80 TEUR
2. Virtualisierung Server: Folgekosten	erst nach Durchführung PoC definierbar	erst nach Durchführung PoC definierbar
3. Erweiterung Backup Server	75 TEUR	150 TEUR
OPB		
4. Segmentierung Server- und Netzwerkinfrastruktur	10 TEUR	10 TEUR
5. Ausbau der Enterprise WLAN-Lösung	5 TEUR	5 TEUR
6. Supportabsicherung der Serverinfrastruktur	0 TEUR	0 TEUR
7. Zusätzliche Module für die Einsatzleitstelle	18 TEUR	18 TEUR

Die Folgekosten werden durch die jeweiligen Haushalte der Polizei Bremen bzw. Ortpolizei Bremerhaven getragen.

13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus

(Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im konsumtiven Haushalt erwartet?)

Ja. Alle Maßnahmen tragen zum Abbau des Investitionsstaus bei, führen aber zu keinen Entlastungen im konsumtiven Haushalt.

14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)

Die Senatorin für Inneres und Sport

Die Maßnahmen haben prognostisch geringe positive, allerdings schwer messbare Auswirkungen auf das Klima.

15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)

Die Maßnahmen sind geschlechterneutral.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen

- WU-Übersichten zu
 1. Netzwerkanpassung VoIP / Erneuerung Switche
 2. Virtualisierung Server
 3. Erweiterung Backup Server
 4. Segmentierung Server- und Netzwerkinfrastruktur
 5. Ausbau der Enterprise WLAN-Lösung
 6. Supportabsicherung der Serverinfrastruktur
 7. Zusätzliche Module für die Einsatzleitstelle
- WiBe zu
 1. Netzwerkanpassung VoIP / Erneuerung Switche
 2. Virtualisierung Server
 3. Erweiterung Backup Server
 4. Segmentierung Server- und Netzwerkinfrastruktur
 5. Ausbau der Enterprise WLAN-Lösung
 6. Supportabsicherung der Serverinfrastruktur
 7. Zusätzliche Module für die Einsatzleitstelle

-

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel	2. Ansprechperson/Tel-Nr.
Feuerwehr Bremen 3054	Abteilungsleitung 3 Harald Schulenberg 0421/361-11108
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF vom 09.12.2025
80 - Digitale Infrastruktur der Feuerwehr Bremen	2026: 325.000,- € 2027: 300.000,- €
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel
Die IT-Infrastruktur der Feuerwehr ist die Grundvoraussetzung für die (weitere) Digitalisierung und Resilienzstärkung.	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.
7. Maßnahmenbeschreibung:	
Mit der Maßnahme soll der Investitionsstau bei der digitale Infrastruktur der Feuerwehr abgebaut und die Infrastruktur insgesamt sicherheitstechnisch ertüchtigt werden, um auf die aktuellen Bedrohungslagen zu reagieren: a) Virtuelle Server und Datenspeicher - Ersatzbeschaffung Datenspeicher - Ersatzbeschaffung Virtueller Server b) Sicherheitsmaßnahmen der Feuerwache 1 und Feuerwehr- und Rettungsleitstelle - Cybersicherheitserhöhung (Strategie und Umsetzung) - Mobile Führungsstellen - Störmeldeanlage (Austausch und Zusammenführung mehrerer, bestehender Systeme auf ein vorhandenes System) - Ersatzbeschaffung Videotechnik FRW 1 und FRLst	
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:	
Beginn: 2026 Ende: 2027	
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
a) Abschluss Austausch virtuelle Server	Bestellung, Lieferung, Inbetriebnahme und Installation, Testbetrieb und Konfiguration, Betriebsaufnahme Wirkbetrieb, Abnahme der Maßnahme.
a) Abschluss Austausch Datenspeicher	Bestellung, Lieferung, Inbetriebnahme und Installation, Testbetrieb und Konfiguration, Betriebsaufnahme Wirkbetrieb, Abnahme der Maßnahme.

Die Senatorin für Inneres und Sport

b) Abschluss und Umsetzung Sicherheitsmaßnahmen für die FRW 1 und FRLSt	Projekterstellung, Beauftragung. Abnahme der Maßnahme.		
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
Erneuerung der digitalen Infrastruktur gem. Maßnahme a) und b) bei der Feuerwehr Bremen incl. der Feuerwehr und Rettungsleitstelle.			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Abschluss Austausch der Komponenten zu Maßnahmen a)	Stück	1	
Abschluss Austausch der Komponenten zu Maßnahme b)	Stück		1

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 435.000 € 2027: 190.000 € Aufgrund von Lieferverzug/-engpässen o. ä. kann es zu Verschiebung des Ressourcenbedarfs von 2026 nach 2027 kommen.
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden müssen.)
Die Folgekosten sind gleichbleibend zum aktuell laufenden Betrieb, da es sich im Wesentlichen um Ersatzbeschaffungen handelt.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
Ja. Es werden jedoch keine messbaren Entlastungen im Sachhaushalt erwartet. Konsumtiv entfallen voraussichtlich teurere Reparaturen.
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Es ist davon auszugehen, dass die neue Technik energieeffizienter arbeitet als die jetzige Technik, da sie dann dem aktuellen Stand der Technik entspricht.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Die Maßnahmen haben keine geschlechterspezifischen Auswirkungen, da es sich weit überwiegend um Ersatzbeschaffungen handelt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- 1 WU-Übersicht zu a) virtueller Server - 1 WU-Übersicht zu a) Datenspeicher

Die Senatorin für Inneres und Sport

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none">- 1 WU-Übersicht und WiBe zu b) Cybersicherheit- 1 WU-Übersicht und WiBe zu b) mobile Führungsstellen- 1 WU-Übersicht und WiBe zu b) Störmeldeanlage- 1 WU-Übersicht zu b) Videotechnik |
| |

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung Sofortinvestitionsprogramm LuKIF Inneres

1. Dienststelle/Kapitel	2. Ansprechperson/Tel-Nr.
Polizei Bremen, Z31 Fuhrpark/Ausrüstung	PHK Christian Hoyer / 0421 362 12137
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF vom 09.12.2025
90 - Spezialeinheit	2026: 500 TEUR 2027: ohne
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel
Stärkung der polizeilichen Ausstattung für Krisen- und Katastrophenlagen (Resilienz)	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.
7. Maßnahmenbeschreibung:	
Aufteilung des Gesamtbudgets für 2026: OPB: 67 TEUR Polizei Bremen: 433 TEUR Kauf von Spezialeinheit für: a) Kampfmittelräumdienst b) Bereitschaftspolizei c) Spezialeinheiten MEK und SEK d) Einsatzdienst OPB	
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:	
Beginn: Nach Freigabe Voraussichtliches Ende: 31.12.2026	
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen? Bedarfserhebung	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Interne Priorisierung der Bedarfe	
(Bei Bedarf: Ausschreibung der Leistung)	Vertragsschluss
Abruf aus vorhandenen oder noch zu schließenden Rahmenverträgen	Verbindliche Bestellung
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)	
- Abbau des Investitionsstaus - Anpassung der Ausstattung mit FEM an aktuelle Einsatzanforderungen - Erhöhung bzw. Verbessern der aktuellen Standards	

Die Senatorin für Inneres und Sport

10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Mittelabfluss bis zum Jahresende	TEUR	500	ohne

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 500 TEUR
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden müssen.)
Geringfügige Folgekosten für Wartung und Reparatur, die bereits für aktuelle Ausstattungen anfallen.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
Die Maßnahme trägt zu einer schrittweisen Reduzierung des Investitionsstaus bei. Auswirkungen auf den konsumtiven Haushalt sind nicht zu erwarten.
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Die Maßnahme hat prognostisch keine bzw. nicht messbare Auswirkungen auf das Klima.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Es sind keine geschlechterspezifischen Besonderheiten dieser Maßnahme erkennbar. Die Geschlechter sind je nach Verhältnis in den Einheiten betroffen.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
WU-Übersicht

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel Polizei Bremen, Z31 Fuhrpark/Ausrüstung	2. Ansprechperson/Tel-Nr. PHK Christian Hoyer / 0421 362 12137								
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF vom 09.12.2025								
91 - reguläre Schutzausstattung und Einsatzmittel für Einsatzkräfte und Liegenschaften, Polizei	2026: 750 TEUR 2027: ohne								
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Handlungsfeld gemäß Liste (Spalte E)								
Stärkung der polizeilichen Ausstattung für u.a. Krisen- und Katastrophenlagen (Resilienz)	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.								
7. Maßnahmenbeschreibung: (Bitte konkretisieren Sie die o.g. Maßnahme bzw. ggf. Teilmaßnahmen im Paket (a., b., c.,...))									
Aufteilung des Gesamtbudgets: OPB: 122 TEUR Polizei Bremen: 628 TEUR Kauf von Schutz- und Einsatzmittel (Westen, Helme usw.) für verschiedene operative Einheiten: a) Alarmhundertschaft OPB b) Spezialeinheiten c) Einsatzdienst d) Bereitschaftspolizei									
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:									
Beginn: Nach Freigabe Voraussichtliches Ende: 31.12.2026 <table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen? Bedarfserhebung</td><td>Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)</td></tr> <tr> <td>Interne Priorisierung der Bedarfe</td><td></td></tr> <tr> <td>(Bei Bedarf: Ausschreibung der Leistung)</td><td>Vertragsschluss</td></tr> <tr> <td>Abruf aus vorhandenen oder noch zu schließenden Rahmenverträgen</td><td>Verbindliche Bestellung</td></tr> </table>		Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen? Bedarfserhebung	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)	Interne Priorisierung der Bedarfe		(Bei Bedarf: Ausschreibung der Leistung)	Vertragsschluss	Abruf aus vorhandenen oder noch zu schließenden Rahmenverträgen	Verbindliche Bestellung
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen? Bedarfserhebung	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)								
Interne Priorisierung der Bedarfe									
(Bei Bedarf: Ausschreibung der Leistung)	Vertragsschluss								
Abruf aus vorhandenen oder noch zu schließenden Rahmenverträgen	Verbindliche Bestellung								
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)									
- Abbau des Investitionsstaus									

Die Senatorin für Inneres und Sport

- Anpassung der Ausstattung mit Schutzausstattung an aktuelle Einsatzanforderungen - Erhöhung bzw. Verbessern der aktuellen Standards - Verbesserung der Eigensicherung / des Schutzes			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Mittelabfluss bis zum Jahresende	TEUR	750	ohne

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 750 TEUR
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden müssen.)
Geringfügige Folgekosten für Wartung und Reparatur, die bereits für aktuelle Ausstattungen anfallen.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
Die Maßnahme trägt zu einer schrittweisen Reduzierung des Investitionsstaus bei. Auswirkungen auf den konsumtiven Haushalt sind nicht zu erwarten.
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Die Maßnahme hat prognostisch keine bzw. nicht messbare Auswirkungen auf das Klima.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Es sind keine geschlechterrelevante Besonderheiten dieser Maßnahme erkennbar. Die Geschlechter sind je nach Verhältnis in den genannten Einheiten betroffen.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht - ...

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel Polizei Bremen, Z31 Fuhrpark/Ausrüstung	2. Ansprechperson/Tel-Nr. PHK Christian Hoyer / 0421 362 12137
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF vom 09.12.2025
92 - Sondertechnik der Polizei (Laborgeräte, Sondertechnik f. MEK/SE etc.)	2026: 750 TEUR 2027: ohne
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel
Stärkung der polizeilichen Ausstattung für u.a. Krisen- und Katastrophenlagen (Resilienz und Effizienzsteigerung in der Verkehrsüberwachung)	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.
7. Maßnahmenbeschreibung:	
Aufteilung des Gesamtbudgets: OPB: 52,5 TEUR Polizei Bremen: 697,5 TEUR Kauf von: e) Laborgeräte und Sondertechnik zur Tatortaufnahme (Kriminalpolizei und OPB) ca. 300 T€ f) Geschwindigkeitsmessanlagen (Polizei Bremen) (Kombigerät und Handlaser ca. 300-350 T€) g) Sondertechnik für Spezialeinheiten ca. 50T-€100T€ h) Sondertechnik für kryptierte Kommunikation (OPB) (52,5 T€) Die genaue Aufteilung der Mittelbedarfe kann auf Grundlage der tatsächlichen Angebotspreise im Rahmen der Vergabe/Ausschreibung variieren.	
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:	
Beginn: Nach Freigabe Voraussichtliches Ende: 31.12.2026	
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen? Bedarfserhebung	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Interne Priorisierung der Bedarfe	
(Bei Bedarf: Ausschreibung der Leistung)	Vertragsschluss
Abruf aus vorhandenen oder noch zu schließenden Rahmenverträgen	Verbindliche Bestellung

Die Senatorin für Inneres und Sport

9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
- Abbau Investitionsstau - Erhöhung bzw. Verbessern der aktuellen Standards - Verbesserung der Eigensicherung / des Schutzes			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Mittelabfluss bis zum Jahresende	TEUR	750	ohne

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 750 TEUR
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden müssen.)
Durch diese Maßnahme entstehen in geringem Umfang Folgekosten, die durch den eigenen Haushalt gedeckt werden.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
Die Maßnahme trägt zu einer schrittweisen Reduzierung des Investitionsstaus bei. Auswirkungen auf den konsumtiven Haushalt sind nicht zu erwarten.
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Die Maßnahme hat prognostisch keine bzw. nicht messbare Auswirkungen auf das Klima.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Die hier dargestellten Maßnahmen haben keine geschlechterrelevante Auswirkungen.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht - ...

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung Sofortinvestitionsprogramm LuKIF Inneres

1. Dienststelle/Kapitel Polizei Bremen & Ortspolizeibehörde Bremerhaven / 3034	2. Ansprechperson/Tel-Nr. POL HB: Markus Pottmeier 0421/362-12196 OPB: Tom Kurzweg 0471/953-1100 SIS: Frank Seeliger 0421/361-15247 SIS: Katharina Liebs 0421/361-19665
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF vom 09.12.2025
95 - Personaleinsatzsteuerungstool Polizei	2026: 900.000 € 2027: 900.000 €
5. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	6. Oberziel
Digitalisierung der Personaleinsatzsteuerung der Polizeivollzugsbehörden	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.
7. Maßnahmenbeschreibung:	
Vergabe und Implementierung eines zukunftsfähigen Dienst- und Einsatzplanungstools mit integrierter einsatzbezogener Personalsteuerungskomponente, Arbeitszeiterfassung und Personalverwaltung in der Polizei Bremen und Ortspolizeibehörde Bremerhaven.	
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:	
Beginn: 2026 Voraussichtliches Ende: 2027	
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Aktualisierung der Leistungsbeschreibung	2. Quartal 2026
Abschluss Vergabeverfahren und Bezuschlagung	1. Quartal 2027
Implementierung und Wirkbetriebserfassung des Systems	4. Quartal 2027
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)	
• Implementierung und Wirkbetriebserfassung eines zukunftsfähigen Personaleinsatzsteuerungstools in Ablösung des abgängigen Altsystems bei der Polizei Bremen und Ortspolizeibehörde Bremerhaven. • Automatisierung der Berechnung von Vergütung und Zulagengewährung aus der Zeiterfassungsübersicht • Ermöglichung der Buchung von Home-Office-Arbeitszeiten • Mobile Nutzung der Zeiterfassung (Kontaktfrei) • Volldigitalisierte, tagesaktuelle Einsatzplanung und ggf. Alarmierungsmöglichkeiten von Einsatzkräften	

Die Senatorin für Inneres und Sport

Schaffung einer validen Personalübersicht (Personalcontrolling)			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Implementierung und Wirkbe- triebsaufnahme	%		100

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre: Aufgrund von Projektfortschritten und Lieferschwierigkeiten können jahresübergreifende Mittelverschiebungen auftreten. 2026: 620.000 € - Vergabeverfahren und Projektkosten etwa 620.000 € 2027: 1.150.000 € - Projektkosten etwa 265.000 € - Lizenzbeschaffung etwa 360.000 € - EHdB + Programmierungen Drittsysteme Schnittstellen etwa 250.000 € - Betrieb Infrastruktur: RZ Kategorie XL etwa 65.000 € - TVM + Wartung + SLA anteilig etwa 210.000 €
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden müssen.) Für die Betriebskosten des neuen Verfahrens (Betrieb Infrastruktur: RZ Kategorie XL, TVM + Wartung + SLA) werden ab 2028 ff. jährliche Kosten in Höhe von rd. 350-400.000 € p.a. erwartet. Dem stehen Gegenfinanzierungen in Höhe von rd. 130.000 € aus der Abkündigung des Altverfahrens. Der Finanzierungsbedarf von 220-270.000 € p.a. wird innerhalb des IT-Budgets der Polizei Bremen durch Priorisierungen abgedeckt. Für die haushaltsrechtliche Absicherung der Folgekosten ist eine VE erforderlich.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?) Das Bestandssystem erfüllt seit Jahren nicht mehr die aktuellen Anforderungen. Mit Bereitstellung der Mittel kann das Vorprojekt aus 2019/2020 wieder aufgenommen werden. Im Bereich der Wartung und Pflege werden Einsparungen erwartet, da die aktuelle Übergangslösung nicht mehr gesondert bzw. nur im geringen Maße für die angebundenen Drittsysteme vergütet werden muss. Die Einsparungen können sich an die verstärkte Ausgliederung an Dataport in anderen Teilaspekten jedoch wieder finanziell ausgleichen. Aufgrund des Fachkräftemangels sind wir auf den Abruf einzelner Leistungen von Dataport angewiesen.
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch) Es werden keine erheblichen Verbesserungen der Klimaverträglichkeit erwartet.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch) Durch die Möglichkeit Personal, Einsätze oder Schwerpunktmaßnahmen auch aus dem Home-Office heraus zu verwalten, entlastet das avisierte System die Mitarbeitenden und trägt damit zu einer Verbesserung der Möglichkeiten der mobilen Arbeit bei.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Die Senatorin für Inneres und Sport

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht - WIBE inkl. Nutzwertanalyse

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung Sofortinvestitionsprogramm LuKIF Inneres

1. Dienststelle/Kapitel	2. Ansprechperson/Tel-Nr.
Polizei Bremen, Z31 Fuhrpark/Ausrüstung	PHK Christian Hoyer / 0421 362 12137
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF vom 09.12.2025
96 - Fahrzeugbeschaffungen Polizei	2026: 2.500 TEUR 2027: 2.500TEUR
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel
Ein funktionierender Fuhrpark ist Grundvoraussetzung für die Handlungsfähigkeit der Polizei	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.
7. Maßnahmenbeschreibung:	
Aufteilung des Gesamtbudgets: <u>2026:</u> OPB: 500 TEUR Pol HB: 2.000 TEUR <u>2027:</u> OPB: 400 TEUR Pol HB: 1.600 TEUR Kauf von Fahrzeugen der Kategorien (nach wirtschaftlichen und einsatztaktischen Kriterien): a) kolorierte Funkstreifenwagen b) zivile Funkstreifenwagen c) kolorierte Halbgruppen d) SE-Fahrzeuge e) sonstige Spezialfahrzeuge	
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:	
Beginn: nach Freigabe Voraussichtliches Ende: 31.12.2027	
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Interne Priorisierung der Bedarfe	Beschluss der AG Fuhrpark
Definition der erforderlichen Leistungen	Technische Leistungsbeschreibung
(Bei Bedarf: Ausschreibung der Leistung)	Vertragsschluss
Abruf aus vorhandenen oder noch zu schließenden Rahmenverträgen	Verbindliche Bestellung
Übernahme der Fahrzeuge in den Bestand	Lieferung und Rechnungsstellung
Fahrzeugeinsatz	

Die Senatorin für Inneres und Sport

9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
- Abbau des Investitionsstaus - Dekarbonisierung der Flotte - Anpassung der eingesetzten Fahrzeuge an moderne Einsatzanforderungen - Erhöhung der Arbeitssicherheit durch moderne Sicherheits- und Assistenzsysteme - Verbesserung der Arbeitsplatzgestaltung durch ergonomischere Innenräume - Integration neuer Kommunikationstechnik			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Mittelabfluss bis zum Jahresende	TEUR	2.500	2.000

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 2.500 TEUR 2027: 2.000 TEUR
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden müssen.)
Durch diese Maßnahme entstehen keine ungeplanten Folgekosten. Laufende Kosten für die Bewirtschaftung des Fuhrparks werden in den Dienststellenbudgets abgedeckt bzw. sind bereits Teil der aktuellen Haushaltsansätze.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
Die Maßnahme trägt zum Abbau des Investitionsstaus bei. Es ist davon auszugehen, dass durch den Einsatz effizienterer Fahrzeuge die Kraftstoffkosten reduziert werden. Gleichzeitig ist eine Reduzierung der Reparaturkosten zu erwarten, ohne dass diese bereits genauer beziffert werden könnte.
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Ein durchschnittlich geringerer Verbrauch reduziert den absoluten CO2-Wert der Fahrzeugflotte der Polizei Bremen. Für den Großteil der relevanten Fahrzeugfunktionen sind bereits Rahmenverträge für den Abruf von PHEV (Plug-in-Hybrid Electric Vehicle) und BEV (Battery Electric Vehicle) vorhanden. Durch den Einsatz dieser Fahrzeuge ist eine stärkere Reduzierung des CO2-Ausstoßes zu erwarten.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Die hier dargestellten Maßnahmen haben keine geschlechterrelevante Auswirkungen.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel		2. Ansprechperson/Tel-Nr.	
Polizei/ Z34		H. Mintert/ 362-12183	
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025		4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF	
97 - Ladeinfrastruktur für Hybrid-Fahrzeuge 2026		2026: -- 2027: 150 T€	
5. Beitrag zum Handlungsfeld		6. Oberziel	
Die Erprobung und Ausweitung alternativer Antriebsformen für Polizeifahrzeuge ist angesichts der perspektivisch zu erwartenden Einschränkungen für Verbrenner-Motoren frühzeitig erforderlich, um langfristig handlungsfähig zu bleiben.		5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.	
7. Maßnahmenbeschreibung:			
Die Polizeien im Land Bremen beschaffen zukünftig vermehrt hybride Fahrzeuge, für die eine Ladeinfrastruktur erforderlich ist. Ziel ist die Ausstattung verschiedener Polizei-Standorte mit Ladeinfrastruktur, wo schwerpunktmäßig die neuen hybriden Dienst-KFZ eingesetzt werden sollen. Teilweise sind hierfür bereits Vorrüstungen (wie Verlegung von Leerrohren und Elektroleitungen) erfolgt. Die Maßnahme betrifft sowohl die Polizei Bremen als auch die Ortpolizeibehörde in Bremerhaven.			
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:			
Beginn: 03/2026 Voraussichtliches Ende: 12/2027			
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?		Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)	
Anlagenplanung		-08/2026	
Kostendarstellung		-10/2026	
Bauliche Umsetzung		-10/2027	
Übergabe/ Inbetriebnahme		-12/2027	
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
Voraussetzungen schaffen, um die auf dem KFZ-Markt absehbaren Entwicklungen hin zu Elektromobilität umsetzen/ anwenden zu können. Im Weiteren ist dies ein Beitrag zum übergeordneten Ziel der Klimaneutralität Bremens.			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Inbetriebnahme	Zeit	--	12/2027

Weitergehende Ausführungen

Die Senatorin für Inneres und Sport

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: -- 2027: 150 T€
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dass dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden können.)
Die SIS geht davon aus, dass die Umstellung auf Elektro-/Hybrid-KFZ bei den Polizeien eine Zielsetzung von zunehmender und dauerhafter Bedeutung sein wird. Es fallen geringe wiederkehrende Wartungskosten für die technische Ladeinfrastruktur (Wall-Boxen) an. Die KFZ-Verbrauchsausgaben für Strom werden sich erhöhen und die für fossile Treibstoffe verringern.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
N/A
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Die Ladeinfrastruktur für Elektro- und Hybridfahrzeuge schafft die Voraussetzung für die entsprechenden KFZ, deren Einsatz dann zur Verringerung des CO2-Ausstosses beiträgt.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Von der Maßnahme profitieren alle Geschlechter gleichermaßen.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht
- ...

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung Sofortinvestitionsprogramm LuKIF Inneres

1. Dienststelle/Kapitel		2. Ansprechperson/Tel-Nr.	
Polizei/ Z34		H. Mintert/ 362-12183	
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025		4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF	
98 - Verfügungsgebäude Polizei, Planungsmittel		2026: 200 T€ 2027: 500 T€	
5. Beitrag zum Handlungsfeld		6. Oberziel	
Die Grundsanierung baulicher Infrastruktur der Polizei ist die Grundvoraussetzung für zukünftige Handlungsfähigkeit der Polizeivollzugsbehörde.		5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.	
7. Maßnahmenbeschreibung:			
Um die Sanierung der zahlreichen Einzelgebäude auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei als Teil des Gebäudesanierungsprogramms von SVIT im laufenden Dienstbetrieb sicherstellen zu können, wird ein Verfügungsgebäude benötigt. Nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen auf dem Gelände wird die Polizei das Gebäude weaternutzen und hierfür eine Fremdanmietung aufgeben. Für die geplante Neubaumaßnahme sollen die Planungsmittel bis zur Erstellung der EW-Bau bereitgestellt werden.			
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:			
Beginn: 02/2026 Voraussichtliches Ende: 12/2027			
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen? VGV-Ausschreibung		Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) Planer festgelegt, 10/2026	
ES-Bau		Vorentwurf mit KS, 04/2027	
EW-Bau		Entwurf mit KB, 10/2027	
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
Die Finanzierung der notwendigen Planungsmittel und Kostensicherheit für den Bau eines Verfügungsgebäude NSD bereitstellen, um eine Entscheidungsunterlage für die weitere politische Zustimmung zu schaffen.			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
EW-Bau	Zeit	--	10/2027

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:

Die Senatorin für Inneres und Sport

2026: 200 T€ 2027: 500 T€
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dass dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden können.)
Für die Umsetzung der Baumaßnahmen werden bis 2031 insgesamt schätzungsweise 9,65 Mio. € benötigt. Die Mittel werden für die 2. Tranche LuKIFG angemeldet. Sollte hier keine Berücksichtigung möglich sein, muss eine Lösung für die Finanzierung über die künftigen Haushalte der Polizei und/oder dem SVIT in zukünftigen Finanzplanungen entwickelt werden.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
Mit dem Bau des multifunktionalen Verfügungsgebäudes können die notwendigen Interimslösungen durch die geplanten Kernsanierungen und damit der Abbau des bestehenden Sanierungsstaus auf der Liegenschaft der Bereitschaftspolizei in Huckelriede überhaupt erst durchgeführt werden.
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Die zukünftigen Kernsanierungen des Gebäudebestandes auf der Großliegenschaft Huckelriede enthalten immer einen hohen Anteil an energetischer Sanierung. Das Verfügungsgebäude wird den für Neubauten aktuellen hohen energetischen Standard entsprechen.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Von der Maßnahme profitieren alle Geschlechter gleichermaßen.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht
- ...

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel Katastrophenschutzbehörde / 3032	2. Ansprechperson/Tel-Nr. Frau Jessica Meyer / 361 98727				
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF				
100 - Fuhrpark und Geräte Katastro- phenschutz	2026: 500.000 € 2027: 500.000 €				
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel				
Eine Ertüchtigung des Katastrophenschutzes stärkt unmittelbar die Resilienz im Krisen- und Katastrophenfall	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken				
7. Maßnahmenbeschreibung:					
Ergänzende Ausstattung des Katastrophenschutzes mit Einsatzmitteln, Geräten und Material zur Bewältigung von Schadenslagen im Krisen- und Katastrophenfall, sowie zur Ausstattung von erforderlichen Katastrophenschutzeinheiten. Maßnahmen zur Logistik und Versorgung, Stärkung der Resilienzvorhaltung und Ertüchtigung von Einrichtungen u.a. zum Betrieb von Bevölkerungsinformationspunkten. Teilmaßnahmen: - a.) Beschaffung von Einsatzmittel (Fahrzeuge und Gerät) zur Logistik und mobilen Versorgung zur Schadensbewältigung u.a. zur Kraftstoff- und Transportlogistik und Versorgung von Einsatzkräften und Betroffenen - b.) Beschaffung von Resilienzvorhaltungen in Form von mobilen Notstromanlagen zur Bewältigung von Schadenslagen u.a. durch Folgen bei temporären oder langanhaltenden Stromausfällen - c.) Beschaffung von Ausstattungsmaterial und Geräten für die Einrichtung und den Betrieb von ortsfesten und mobilen Notfallinformationspunkten für die Bevölkerung - d.) Beschaffung von Fahrzeugen, Ausstattung und Geräten für einzurichtende ergänzende Katastrophenschutzeinheiten mit speziell ausgerichteten Fachaufgaben und für die Ausstattung und den geregelten Aufbau zur Einbindung von spontan helfenden Menschen Konkrete Maßnahmen sind der Anlage 1 zu entnehmen.					
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:					
Beginn: 2026 Voraussichtliches Ende: 2027 <table border="1"> <tr> <td>Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?</td><td>Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)</td></tr> <tr> <td>Sondierung der erforderlichen Artikel gemäß beschriebener</td><td>Ende Q1 2026</td></tr> </table>		Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)	Sondierung der erforderlichen Artikel gemäß beschriebener	Ende Q1 2026
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)				
Sondierung der erforderlichen Artikel gemäß beschriebener	Ende Q1 2026				

Die Senatorin für Inneres und Sport

teilmaßnahmen und Prüfung der Marktverfügbarkeiten.		
Auswertung der Marktanalyse und Festlegung (bei Einzel- oder Kleinmaßnahmen) der Beschaffung	Ende Q1 2026	
Vorbereitung und Umsetzung von erforderlichen Ausschreibungen	Beginn Q2 2026	
Vergabe von Beschaffungsaufträgen und Umsetzung von Beschaffungen	ab Mitte Q2 2026	
Laufende Kontrolle der Umsetzung der Beschaffungsmaßnahmen	Laufend 2026/2027	
Implementierung der Beschaffungen in die vorhandenen Konzepte und Vorhaben	Laufend nach Auslieferungs- und Planungsstand 2026/2027	
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)		
Stärkung der Resilienz im Krisen- und Katastrophenfall		
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026
1 Beschaffung von Fahrzeugen Abrollbehälter, Anhänger und Geräten	Anzahl	8
2 Beschaffung von Geräten zur Ausstattung der Notfallinformationspunkten	Anzahl/Stück	1
3 Beschaffung von Geräten und Ausstattung von Katastrophenschutzeinheiten und spontanhelfenden Menschen	Anzahl/Stück	1
4 Beschaffung von mobilen Notstromgeräten	Anzahl/Stück	4
5 Beschaffung von mobilen Tankstellen und Transporteinheiten zur Kraftstoffversorgung	Anzahl/Stück	---

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 500.000 2027: 500.000 Aufgrund von Liefer- und/oder Produktionsverzögerungen kann eine Verlagerung des geplanten Mittelabflusses für 2026 in das Jahr 2027 nicht ausgeschlossen werden.
12. Darstellung von Folgekosten

Die Senatorin für Inneres und Sport

(Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dass dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden können.)
Durch die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten entstehen Folgekosten aus laufenden Ausgaben wie allgemeine Wartungs- und Servicekosten, Wiederkehrende Prüfungen oder anlassbezogene Reparatur- und Instandsetzungskosten, die innerhalb der bestehenden Ansätze des Kapitels 3032 Katastrophenschutz abgedeckt werden können.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
Nein
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Mögliche temporäre Auswirkungen auf das Klima aufgrund des Betriebes von Fahrzeugen und/oder kraftstoffbetriebenen Geräten. Der Betrieb von herkömmlich kraftstoffbetriebenen Fahrzeugen und Geräten ist derzeit für die Bewältigung von Schadenslagen im Krisen- und Katastrophenfall aufgrund fehlender belastbarer Alternativen nicht zu kompensieren.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Keine Auswirkung

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht
- Beschaffungsübersicht

Anlage – Beschaffungsübersicht

95	Fuhrpark und Geräte Katastrophenschutz							500.000,00 €	500.000,00 €
95.1	AB Tank / Tankanhänger (gebraucht)	1	☒	☐	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	DRK HB	65.000,00 €	- €
95.2	PKW - "ELW KatS-Landeseinheiten"	1	☐	☒	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	KatS HB	80.000,00 €	- €
95.3	Mobile Informations-, Führungs- und Ausgabestelle	1	☒	☐	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	ASB HB	- €	75.000,00 €
95.4	Palettenträger für Kraftstoffkanister (20 Ltr)	2	☒	☐	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	KatS-Lager HB	5.000,00 €	- €
95.5	Maschinelle Zugeinrichtung (Seilwinde) für GW-L1 KatS	1	☒	☐	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	Feuerwehr Bremen	20.000,00 €	- €
95.6	Zusatzausstattung Drohnerkundung KatS	1	☒	☐	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	KatS HB	2.000,00 €	- €
95.7	Basisausstattungspaket "Notfallinformationspunkt"	div.	☒	☐	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	KatS HB	25.000,00 €	75.000,00 €
95.8	mobile Kraftstoffmankstelle (Ottokraftstoff) mit Batterie	2	☐	☒	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	1 Fw HB / 1 Fw BHV	10.000,00 €	- €
95.9	Einsatzbekleidung KatS-Helfer (KatSE)	div.	☒	☒	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	KatS HB	25.000,00 €	25.000,00 €
95.10	Anhänger geländegängiges Mehrzweckfahrzeug (ATV)	1	☐	☒	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	DLRG	4.500,00 €	- €
95.11	Ausstattung Infopoint "Spontanhilfe"	1	☒	☐	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	KatS HB	1.500,00 €	- €
95.12	Kühlanhänger "Versorgung"	1	☒	☐	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	Feuerwehr Bremen	20.000,00 €	- €
95.13	Anhänger Verpflegung/Kochmodul	1	☒	☒	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	MHD HB	20.000,00 €	- €
95.14	mobile Notstromaggregate inkl. Zubehör	div.	☒	☒	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	KatS-Lager HB / KatSE	210.000,00 €	35.000,00 €
95.15	AB Pritsche in Ergänzung zum WLF	1	☐	☒	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	JUH HB	- €	60.000,00 €
95.16	LKW/WLF (gelg.) 18 to. mit Ladekran	1	☒	☐	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	DRK HB	- €	230.000,00 €
95.17	Fortentwicklung Krisenmanagementportal Bremen	1	☒	☐	KatS - SIS 35	KatS - SIS 35	KatS HB	12.000,00 €	- €
								500.000,00 €	500.000,00 €

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel	2. Ansprechperson/Tel-Nr.
Feuerwehr Bremen 3054	Referatsleitung 11 Torsten Masuhr 0421/361-11501
3. Lfd-Nummer	4. Finanzierungsrahmen
aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	aus Liste LuKIF
102 - Investitionsstau Geräteersatzbeschaffungen und Atemschutztechnik Feuerwehr Bremen	2026: 250.000 € 2027: 1.000.000 €
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel
Eine materiell funktionstüchtige Feuerwehr ist Grundvoraussetzung für die Resilienz im Krisen- und Katastrophenfall.	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.
7. Maßnahmenbeschreibung:	
1) Die Atemschutztechnik der Feuerwehr Bremen muss zwingend aufgrund von altersbedingter Aussonderung erneuert werden. Dazu müssen u.a. folgende Gerätschaften beschafft werden: 240 MSA AUER M1 Atemschutzgeräte > ca. 500.000 € 700 Atemschutzmasken > ca. 200.000 € 100 Kommunikationsmodule > ca. 60.000 € Atemschutzübungsgeräte > ca. 15.000 € 2) Der verwendete Pumpenprüfstand muss in den kommenden Haushaltsjahren aufgrund von altersbedingtem Verschleiß ersatzbeschafft werden > ca. 125.000 € 3) Für die Tacheinheiten sind folgende Ersatz- und Ergänzungs-Beschaffungen erforderlich: Tauchgeräte, Tauchertelefonanlage, Trockentauchanzüge, Industrietrockner > ca. 80.000 € 4) Es sind Ergänzungs-Beschaffungen von Notstromaggregaten zur Sicherstellung umfassender Stromversorgung erforderlich, um die kritische Infrastruktur im Falle eines Stromausfalls aufrecht zu halten und krisenresilient zu bleiben. Auf den Feuer- und Rettungswachen (FRWn) 1, 5 und 6 sind zwingend Erweiterungen zur Schaffung einer größtmöglichen Notstromversorgungsresilienz zu schaffen. > ca. 100.000 € 5) Für die Aufrechterhaltung einer unterbrechungsfreien Stromversorgung (USV) der Feuerwehr-Leitstelle ist der Ersatz der dafür verwendeten veralteten Batterien nötig – Die FRLSt ist der Katastrophenschutz-Meldekopf des Bundeslandes Bremen > ca. 60.000 € 6) Austausch von Gerätschaften für Feuerwachen und Feuerweherschule: Für die Feuerweherschule sind für die Ausbildungs-Lehrgänge folgende Anschaffungen notwendig, um die erforderlichen Inhalte praktisch unterrichten zu können: Übungspuppen, Schneidgeräte/Spreizer, Nebelmaschinen, Geräte für Heißausbildung, Übungs-LKW, u.a. > ca. 60.000 €. Für die Gesunderhaltung der Kolleginnen und Kollegen auf den Wachen ist die Ersatzbeschaffung abgängiger Sportgeräte erforderlich (Ergometer, Laufbänder, Rudergeräte, Matten u. a.) > ca. 50.000 €	

Die Senatorin für Inneres und Sport

8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:			
Beginn: 03/2026, nach Freigabe des Haushalts kann sofort begonnen werden Voraussichtliches Ende: Ende 2027, ggs. einzelne spätere Lieferungen möglich aufgrund von Ausschreibungen und Liefermengen			
Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)		
Bewertung einzelner Positionen incl. aktueller Angebote	Alle Posten haben einen aktuellen Preis und eine kalkulierte Menge > 05/2026		
Aufteilung der Beschaffung auf 2026 und 2027	Die passgenauen Bestellungen werden festgelegt > 06/2026		
Beschaffung der für 2026 möglichen Geräte	Von 07/2026 bis 12/2026		
Feinplanung der Beschaffung für 2027	Reihenfolge und genaue Mengen für 2027 werden festgelegt > 10/2026		
Beschaffung der Geräte für 2027	Von 01/2027 bis 11/2027, danach nur noch Abwicklung		
9. Maßnahmenziel: (Welche Ziele werden angestrebt?)			
• Abbau des Investitionsstaus bei Gerätschaften • Erhaltung der Einsatzfähigkeit aller Funktionen der Feuerwehr durch Beschaffung der notwendigen Geräte und Ausrüstungsgegenstände • Sicherstellung der Einsatzsicherheit durch Beschaffung der Geräte für das Tauchwesen und den Atemschutz • Sicherstellung einer adäquaten Ausbildung durch Verfügbarmachung von Geräten, um das erforderliche Wissen praktisch zu vermitteln • Gesunderhaltung der Einsatzkräfte der Wachabteilungen durch Bereitstellung von Sportgeräten, um deren Einsatzfähigkeit zu erhalten			
10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Umsetzung der dargestellten Beschaffungen	Stück		1

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 250.000 € 2027: 1.000.000 €.
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dass dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden können.)

Die Senatorin für Inneres und Sport

Folgekosten beinhalten lediglich auch aktuell anfallende Arten von Kosten für Wartung, Reparatur und Verbrauchsmaterial. Diese werden im Dienststellenbudget der Feuerwehr abgedeckt.

13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus

(Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im konsumtiven Haushalt erwartet?)

Sämtliche Ersatz-Beschaffungen entlasten den konsumtiven Haushalt, da weniger kostenintensive Reparaturen und zwischenzeitlich erforderliche Leihen entfallen, Zudem sind Ersatzteile für neue Geräte kostengünstiger erhältlich, teilweise auch bei mehreren Firmen, so dass Preise wettbewerbsbedingt optimiert werden können.

14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)

Es ist davon auszugehen, dass die neuen Geräte dem aktuellen Stand der Technik entsprechen und damit energieeffizienter sind als die jetzige Technik. Es entfallen zudem erforderliche Reparaturen incl. dazu nötiger Lieferungen und Fahrten sowie Entsorgungskosten bei den veralteten Geräten

15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)

Die Maßnahmen sind geschlechterneutral.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen

- WU-Übersicht für 3) Anschaffungen für die Tauch-Einheit
- WU-Übersicht für 4) Anschaffung von weiteren Notstromaggregaten
- WU-Übersicht für 6) Anschaffungen für die Ausbildung in der Feuerweherschule

Die Senatorin für Inneres und Sport

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel Feuerwehr Bremen 3054	2. Ansprechperson/Tel-Nr. Referatsleitung 12 – Gebäudemanagement Michael Schneider, Tel.: (0421) 361-11505
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF
103 - Planungsmittel Feuerwache 3 und Schwerpunktwehr West (Feuerwehr)	2026: 150.000,00 € 2027: 500.000,00 €
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel
Eine funktionstüchtige Feuerwache 3 stellt eine zentrale Infrastrukturkomponente für die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr Bremen dar.	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken
7. Maßnahmenbeschreibung:	
Bei dieser Maßnahme handelt es sich bei genauer Betrachtung um zwei Projektvorhaben, die im Rahmen dieser Anmeldung und somit für die ersten Planungsschritte nicht getrennt wurden. a) <u>Planungsmittel Feuerwache 3</u> Im kürzlich veröffentlichten Brandschutzbedarfsplan (BBP) der Stadtgemeinde Bremen vom 23.04.2025 wurden in der baulich-funktionalen Betrachtung der Feuerwachen der Berufsfeuerwehr und der Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr erhebliche bauliche Handlungsbedarfe sowie übergreifende Aspekte aufgrund von kapazitiven Einschränkungen aufgezeigt. Der Neubau der Feuer- und Rettungswache 3 stellt dabei die höchste Priorität für die BF dar. Der derzeitige Standort ist hinsichtlich der Baulichkeit und der Funktionalität als nicht hinreichend zu betrachten und eine Sanierung und Erweiterung aufgrund des baulichen Zustands und der nicht zu realisierenden zusätzlichen Flächenbedarfe nicht möglich. Ein zeitnaher Neubau der Feuer- und Rettungswache 3 für die Berufsfeuerwehr im Stadtteil Bremen-Osterholz ist aus Sicht von SIS unumgänglich. Des Weiteren ist der bauliche Zustand und die fehlenden und nicht herzustellenden Flächenmehrbedarfe der Freiwilligen Feuerwehr Osterholz und des Polizeireviers Osterholz (bzw. die eher unzutreffende Bezeichnung Polizeikommissariat-OST II) ebenfalls zu lösen. Eine bereits durchgeführte Grundstücksuche im Einsatzgebiet hat als hervorragend geeigneten neuen Standort den jetzigen Sportplatz an der Osterholzer Heerstr. 158 identifiziert. Der Sportplatz ist derzeit nicht im Eigentum der Stadt, jedoch gibt es eine Verkaufsbereitschaft des privaten Eigentümers, sodass die Erstellung einer Machbarkeitsstudie geplant ist, die zwei Bebauungs-/Lösungsvarianten (1. Var.: FW 3 + FF Osterholz; 2. Var.: FW 3 + FF Osterholz + Polizeikommissariat OST II) untersuchen soll. Die Machbarkeitsstudie wird auch Lösungsvorschläge für den Ersatz der Sportplatzfläche und einen Ausgleich für die neben liegende Grundschule beinhalten, die den Sportplatz anteilig als Schulsportplatz und Pausenhoffläche nutzt. Bei dieser LuKIFG-Projektmaßnahme geht es um die Bereitstellung von ersten Planungsmitteln zur Realisierung der avisierten Neubaumaßnahme.	

Die Senatorin für Inneres und Sport

b) Schwerpunkwehr West (Burglesum)

Ebenfalls hohe Priorität, gemäß BBP und dem Bericht der Feuerwehr-Unfallkasse Niedersachsen/Bremen sowie auf Basis des Strukturkonzeptes der Freiwilligen Feuerwehren der Stadtgemeinde Bremen, hat die Bildung einer neuen Schwerpunktfirewehr Bremen-Burglesum. Ziel ist es die bisherigen Freiwilligen Feuerwehren Bremen-Grambkermoor, -Lesumbrok und -Burgdamm organisatorisch zusammenzuführen und hierfür ein neues Feuerwehrhaus zu schaffen. Alle drei bisherigen Standorte weisen hinsichtlich der Baulichkeit und Funktionalität erhebliche und nicht lösbare Mängel auf.

Die bisherige Planung sieht vor, dass das Neubauvorhaben durch einen privaten Investor auf einem eigenen oder zu erwerbenden Grundstück durchgeführt wird und Bremen anschließend die Immobilie erwirbt und ins SVIT überführt. Für die Umsetzung fallen u.a. Vorprojektierungs- und Ausschreibungskosten an, die aus dieser Projektanmeldung finanziert werden sollen.

8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:

Beginn: 02/2025

Voraussichtliches Ende: offen

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
a) – Definition der Flächenbedarfe und erste Vorplanungen und -prüfungen zum Projekt - Verhandlungen und ggfs. Durchführung zum Grundstücksankauf (IB – Grundstückseigentümerin) - Erarbeitung von Realisierungsvarianten (GU, Eigenbau IB, ...) - ggfs. VGV-Verfahren	Machbarkeitsstudie Grundstückserwerb Gremienbefassung
b) - Erstellung bzw. Prüfung von Vorkonzepten durch mögliche Investoren - Erstellung eines verbindlichen Angebots zum/zur Kauf/Anmietung	Gremienbefassung

9. Maßnahmenziel:

(Welche Ziele werden angestrebt?)

a) Vollständige Vorbereitung des Neubauvorhabens

langfristig: In Abhängigkeit zur Umsetzungsvariante Neubau der Feuer- und Rettungswache 3, Feuerwehrhaus FF Osterholz und ggfs. des Polizeikommissariats Ost II

b) Schaffung einer validen Grundlage für eine anschließende Umsetzung

langfristig: Kauf eines „schlüsselfertigen“ Feuerwehrhauses für die Schwerpunktfirewehr Bremen-Burglesum

10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Siehe oben.			

Weitergehende Ausführungen

Die Senatorin für Inneres und Sport

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:
2026: 150.000 € 2027: 500.000 €
12. Darstellung von Folgekosten (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dass dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden können.) Für die Umsetzung der Baumaßnahme werden zusätzliche Finanzierungsbedarfe entstehen, die erst auf Grundlage der Planungen konkretisiert werden können. Es fallen je nach Realisierungsvariante zusätzliche Mieten bzw. Instandhaltungsmieten nebst Betriebskosten an. Entsprechende Einsparungen durch die Aufgabe der Altstandorte (SVIT-Mieten und Betriebskosten) werden berücksichtigt.
13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus (Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im <u>konsumtiven</u> Haushalt erwartet?)
Ja. Bei den Neubauten ist mit geringeren Bewirtschaftungs-/Betriebskosten zu rechnen. Hohe Kosten zwecks Instandhaltung und Reparatur entfallen. Die bestehenden SVIT-Liegenschaften der Feuerwehr und ggfs. der Polizei müssen nicht mehr saniert werden und es kann eine Verwertung der Immobilien stattfinden.
14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)
Neubauten erfolgen energieeffizient nach dem neuesten Stand der Technik (Energiewende). Reduzierung der CO ₂ -Emissionen durch Installation optimierter Haustechnik.
15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)
Bei Neubauten werden die Bedarfe der verschiedenen Geschlechter berücksichtigt. Die zu ersetzenden Liegenschaften stammen aus den Baujahren 1930 – 1970. Die baulichen Bedarfe der verschiedenen Geschlechter wurden in diesem Zeitraum unzureichend bis gar nicht berücksichtigt und entsprechen nicht mehr den Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR) bzw. den gesellschaftlichen Erfordernissen der heutigen Zeit. Bei der Feuerwehr ist zukünftig mit einer zunehmenden Anzahl an weiblichen Beschäftigten sowohl beruflich als auch ehrenamtlich zu rechnen.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
- WU-Übersicht
- ...
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Maßnahmenbeschreibung
Sofortinvestitionsprogramm LuKIF
Inneres

1. Dienststelle/Kapitel	2. Ansprechperson/Tel-Nr.
Feuerwehr Bremen 3054	Abteilungsleiter 4 Tammo Dirks 0421/361-11109
3. Lfd-Nummer aus Liste LuKIF vom 09.12.2025	4. Finanzierungsrahmen aus Liste LuKIF 09.12.2025
105 - Fahrzeugbeschaffungen Feuerwehr Bremen	2026: 2.000.000 € 2027: 2.000.000 €
5. Beitrag zum Handlungsfeld	6. Oberziel
Ein funktionierender Fuhrpark ist Grundvoraussetzung für die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr	5. Digitalisierung, Resilienz und Handlungsfähigkeit des Staates stärken.
7. Maßnahmenbeschreibung:	
Der Senat hat am 27.08.2024 ein Fahrzeugkonzept der Feuerwehr Bremen mit einem Zusatzinvest von 0,85 Mio. € p.a. beschlossen, um den Investitionsstau im Fuhrpark durch Ersatzbeschaffungen zu reduzieren. Ein weiterer Investiv war im Finanzrahmen nicht darstellbar. Der Brandschutzbedarfsplan (Senat v. 22.04.2025) weist zusätzliche Ersatzbeschaffungsbedarfe aus, die nunmehr aus den LuKIF-Mitteln finanziert werden sollen. • Zusätzliche HLF20: Es sollen 3 zusätzliche HLF20 über die bestehende Ausschreibung von 14 HLF20 beschafft werden. Ermöglicht wird das durch die Auftragserweiterung nach § 132 Abs. 3 GWB. a) Beladung für HLF20: Die Ausschreibung über die HLF20 bedingt eine Ausschreibung über die Beladung für die vorgenannten Fahrzeuge. In der bisherigen Planung war nicht für jedes Fahrzeug eine vollständige neue Ausstattung vorgesehen, sodass mit den zusätzlichen Finanzmitteln die Beladung für insgesamt 17 HLF20 beschafft werden soll. b) Zusätzliche DLK23/12: Es soll zusätzlich zu den 4 beauftragten DLK 23/12 eine weitere DLK23/12 im Rahmen einer Auftragserweiterung nach §132 GWB beauftragt werden. c) Gerätewagen-Atemschutz: Der aktuelle Brandschutzbedarfsplan listet die Fahrzeuge auf, die in den nächsten fünf Jahren ersatzbeschafft werden sollten. Der bisherige Gerätewagen Atemschutz ist ersatzbeschaffungswürdig. Zukünftig soll dieses Fahrzeug verstärkt bei Einsatzstellen eingesetzt werden, bei denen initial eine größere Anzahl von Langzeitatemschutzgeräten benötigt wird (z.B. Tunnelbauwerke, Tiefgaragen, Hochhäuser). d) GW-Logistik: Das bisherige Fahrzeug für die Fachgruppe Strom der FF Strom ist entsprechend des aktuellen Brandschutzbedarfsplanes ersatzbeschaffungswürdig. Sofern die Fachgruppe in den Einsatz gebracht werden soll, müssen alte Löschfahrzeuge als Transport- und Zugfahrzeuge eingesetzt werden.	
8. Maßnahmenzeitraum und Meilensteinplanung:	

Die Senatorin für Inneres und Sport

Beginn: 03/2026, nach Freigabe des Haushalts kann sofort begonnen werden
 Voraussichtliches Ende: Ende 2027, ggs. einzelne spätere Lieferungen möglich aufgrund von Ausschreibungen und Liefermengen

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt)
Ausschreibungsunterlagen erstellen bis 03/2026	Ausschreibung ist vergabereif
Zuschlagserteilung 05/2026	Auftragnehmer erhält Zuschlag
Auslieferung und Abnahme der Fahrzeuge	Fahrzeuge werden geliefert

9. Maßnahmenziel:

(Welche Ziele werden angestrebt?)

- Beschleunigter Abbau des Investitionsstaus im Fuhrpark
- Reduzierung der Unterhaltskosten und Instandhaltungskosten für den Fuhrpark der Feuerwehr Bremen
- Sicherstellung der Handlungsfähigkeit durch geringere Ausfallquoten und Werkstattaufenthalte
- Reduzierung schädlicher Abgasemissionen durch Fahrzeuge mit EURO6 Abgastech-nologie

10. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung	Einheit	Planwert 2026	Planwert 2027
Beschaffung Hilfslöschfahrzeug (HLF)	Stück		3
Beschaffung Drehleiter mit Korb (DLK)	Stück		1
Beschaffung GW-Atemschutz	Stück		1
Beschaffung GW-Logistik	Stück		1

Weitergehende Ausführungen

11. Tatsächlicher Ressourcenbedarf/Aufteilung auf die Haushaltsjahre:

2027: 2.000.000 €
 2027: 2.000.000 €

12. Darstellung von Folgekosten

(Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, sind nur insofern förderfähig, als dass dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Dienststellenbudgets gedeckt werden können.)

Die (konsumtiven) Folgekosten werden innerhalb des Budgets der Feuerwehr Bremen abgedeckt beinhalten die laufenden Kosten für Wartung, Reparatur und Verbrauchsmaterial, die bereits jetzt anfallen. Durch die Ersatzbeschaffung älterer Fahrzeuge werden Kostensenkungen erwartet (z.B. weniger Reparaturen), die nicht beziffert werden können.

13. Beitrag zum Abbau des Investitionsstaus

(Trägt die Maßnahme zum Abbau des Investitionsstaus bei? Wenn ja, werden nach Umsetzung der Maßnahme auch Entlastungen im konsumtiven Haushalt erwartet?)

Die Senatorin für Inneres und Sport

Durch die Beschaffung der Fahrzeugtypen DLK und HLF wird der Investitionsstau im Fuhrpark der Feuerwehr weiter abgebaut (siehe Senatsvorlage vom 27.08.2024) Sämtliche Beschaffungen entlasten zudem perspektivisch den konsumtiven Haushalt, da weniger kostenintensive Reparaturen und zwischenzeitlich erforderliche Leihen von Ersatzfahrzeugen entfallen.

14. Darstellung der Klimaverträglichkeit bzw. Auswirkungen auf das Klima (obligatorisch)

Aktuelle Fahrzeugbeschaffungen müssen der zum Zulassungszeitpunkt geltenden Abgasnorm entsprechen. Im konkreten Fall handelt es sich um EURO6. Gleichzeitig werden Fahrzeuge mit älteren Abgasnormen ausgesondert und veräußert.

15. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter (obligatorisch)

Die Maßnahme ist geschlechterneutral.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Anlagen:

Beigefügte Unterlagen

- WU-Übersicht

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Beschaffung einer Dokumentenausgabebox für den neuen Standort des BSC-Mitte in der Martinistraße.
Nr. 63**Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit** ☒ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**Methode der Berechnung (siehe Anlage)☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☒ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen BerechnungstoolGgf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)☒ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☐ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2026

Betrachtungszeitraum (Jahre): 10 Unterstellter Kalkulationszinssatz: 4,00 %

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Beschaffung einer DAB für das BSC Mitte	1
2	keine Umsetzung der Maßnahme, Personalaufwuchs	2
n		

Ergebnis

Zur Bewältigung des Terminaufkommens besteht als Alternative der weitere Personalaufwuchs, um die Terminverfügbarkeit noch weiter zu verbessern. Ein durchgeführter Wirtschaftlichkeitsvergleich ergibt, dass die Abholung aus der DAB wirtschaftlicher wäre als die Vorsortierung/Abholung durch den andernfalls sich ergebenden Personalaufwand abzudecken.

Alternativ könnte die Maßnahme in Gänze nicht durchgeführt werden. Die Folge wäre, dass die Bürger:innen am neuen BSC Mitte ihre Dokumente ausschließlich während der Öffnungszeiten (z. T. mit Terminbuchung) abholen müssten. Hierdurch käme es zu Verzögerungen bedingt durch das Nadelöhr Terminslots und zu erhöhter Belastung der Mitarbeitenden.

Die zusätzlich durchgeführte Nutzwertanalyse ergibt in den qualitativ-strategischen Kriterien einen Wert von 63. Bei der Überprüfung der externen Effekte ergibt sich ein Wert von 66. Aufgrund der Nutzwertanalyse und auch im Hinblick auf die kommenden Jahre wird empfohlen, das Gerät anzuschaffen, um Kapazitäten für andere Tätigkeiten als Dokumentenausgabe zu schaffen.

Weitergehende ErläuterungenZeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 01.12.2026	2.	n.
---------------	----	----

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
n			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:

- ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
- ☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Beschaffung einer Dokumentenausgabebox für das Migrationsamt im BHZ Stresemannstraße.
Nr. 64

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit ☒ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☒ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☒ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☐ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2026

Betrachtungszeitraum (Jahre): 10

Unterstellter Kalkulationszinssatz: 4,00 %

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Beschaffung einer DAB für das Migrationsamt	1
2	Erweiterung der bestehenden DAB	2
3	keine Umsetzung der Maßnahme, Personalaufwuchs	3

Ergebnis

Eine Dokumentenausgabebox ist ein automatisiertes System, das eingesetzt wird, um Dokumente wie Aufenthaltstitel etc. auszugeben. Personen können ihre Dokumente dadurch auch ohne Termin und außerhalb der regulären Sprechzeiten abholen, indem sie einen Code und ihr Geburtsdatum eingeben, und das Fach sich dann automatisch öffnet. Zur Bewältigung der Kundenanliegen besteht als Alternative der weitere Personalaufwuchs, um die Erledigungsquoten noch weiter zu verbessern. Ein durchgeführter Wirtschaftlichkeitsvergleich ergibt, dass die Abholung aus der DAB wirtschaftlicher wäre als die Vorsortierung/Abholung durch den andernfalls sich ergebenden Personalaufwand abzubauen.

Alternativ könnte die Maßnahme nicht durchgeführt werden. Die Folge wäre, dass betroffene Personen ihre Dokumente ausschließlich während der Öffnungszeiten (z. T. mit Terminbuchung) des Migrationsamtes abholen müssten. Dieses würde zu Verzögerungen bedingt durch das Nadelöhr Terminslots und zu erhöhter Belastung der Mitarbeitenden führen.

Die zusätzlich durchgeführte Nutzwertanalyse ergibt in den qualitativ-strategischen Kriterien einen Wert von 63. Bei der Überprüfung der externen Effekte ergibt sich ein Wert von 67. Aufgrund der Nutzwertanalyse und auch im Hinblick auf die kommenden Jahre wird empfohlen, das Gerät anzuschaffen, um Kapazitäten für andere Tätigkeiten als „simple“ Dokumentenausgabe zu schaffen.

Eine Alternative wäre die Erweiterung der bestehenden, derzeit ausschließlich durch das Bürgeramt genutzten DAB. Dieses stellt jedoch ein technisches Problem dar, da das System bei einer Erweiterung nicht getrennt den einzelnen Ämtern zugeordnet werden kann. Die Software vergibt die Fächer zudem zufällig. Es wäre daher keine Messung der Nutzung nach Ämtern möglich. Zudem stellt eine nach Ämtern getrennte DAB einen Vorteil für alle Nutzenden dar, da die Personen, die die Möglichkeit einer DAB nutzen, eine Trennung der Bereiche Bürgeramt und Migrationsamt durchaus wahrnehmen und diese Trennung Routinen bei der Nutzung etabliert. Für die Verwaltung liegt der Vorteil in der „räumlichen“ Trennung und damit eindeutiger Zuordnung von amtspezifischen Dokumenten und Unterlagen, die in die Fächer einsortiert werden müssen.

Da am Standort BHZ Stresemannstraße, wie vorstehend erwähnt, derzeit kein Gerät für das Migrationsamt vorhanden ist, wird die Beschaffung einer DAB empfohlen.

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 01.12.2026	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Gerät wurde geliefert und in Betrieb genommen.	Ja/Nein	Ja
2			
n			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:

- ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
- ☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

- ☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Einführung eines KI-Antragsassistenten im Migrationsamt (KI-Migrationsamt)

Nr. 68

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit ☒ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**Methode der Berechnung (siehe Anlage)☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☒ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen BerechnungstoolGgf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)☒ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☐ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2026

Betrachtungszeitraum (Jahre): 10

Unterstellter Kalkulationszinssatz: 4,00 %

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Beschaffung einer KI-Antragsassistenten im Migrationsamt	1
2	keine Umsetzung der Maßnahme	2
n		

Ergebnis

Das durch die politische Vorgabe vorrangig formulierte Ziel bzw. der angestrebte Nutzen liegt in einer Verkürzung der Durchlaufzeit bei der Bearbeitung von (Einbürgerungs-) Vorgängen.

Ein monetärer Nutzen kann noch nicht festgestellt werden. Dieses liegt darin begründet, dass konkrete Einsparpotentiale erst nach erfolgreicher Implementierung und „Einlaufen“ eines Systems sowie nach Schulung und Adaption der Mitarbeitenden an die neuen Abläufe und Software-Anforderungen ermittelt werden können.

Den Kosten für die Beschaffung der KI stehen infolgedessen keine Einnahmen gegenüber, da diese nicht spezifiziert werden können. Der Kapitalwert fällt insofern negativ aus.

Die Nutzwertanalyse ergibt in den qualitativ-strategischen Kriterien einen Wert von 81. Bei der Überprüfung der externen Effekte ergibt sich ein Wert von 58. Die Nutzwertanalyse empfiehlt somit die KI-Einführung.

Alternativ könnte die Maßnahme nicht durchgeführt werden. Die Folge wäre, dass die Verfahrensdauer bei Einbürgerungen weiterhin auf hohem Niveau bleibt, was in Unzufriedenheit sowohl bei Antragstellenden als auch bei der politischen Führung münden würde. Da zudem die politische Führung eine Verkürzung der Verfahrensdauer als Ziel formulierte, scheidet eine Nicht-Durchführung aus.

Nichtsdestoweniger ist auch im Hinblick auf die gleichbleibend hohe Belastung der Mitarbeitenden, der Unzufriedenheit von Antragstellenden sowie den in den kommenden Jahren zunehmenden Druck durch den Fachkräftemangel eine Einführung der KI-Lösung zu befürworten.

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 15.01.2027	2. 15.07.2027	3. 15.11.2027
---------------	---------------	---------------

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:

- ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
- ☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.
- ☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Kühlung Technik-Serverraum Polizei
Nr. 74**Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit** ☒ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☒ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☐ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☒ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Ertüchtigung Serverraum	1
2	Verlagerung der Technik zu Dataport	2
n		

Ergebnis**Die Alternative -1- wird empfohlen.**Weitergehende Erläuterungen

Die Verlagerung der Komponenten in ein Dataport-Rechenzentrum (**Alternative 2**), dem sogenannten „DataCenterPolizei“ (DCP) wären perspektivisch denkbar, aber zeitlich nicht rechtzeitig realisierbar, um das Defizits des bestehenden Serverraums zu überbrücken. Mit einer Verlagerung würde die gesamte zentrale IT der Polizei vom Polizeipräsidium in das DCP in Hamburg/Kiel-Altenholz verlagert werden. Aufgrund der Dimension und der Komplexität wäre für das Gesamtprojekt mit einem Zeitansatz von 3 bis 4 Jahren zu rechnen. Die Beschaffung eines Kühlsystems ist daher mindestens für den Übergangszeitraum alternativlos.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 2027	2.	n.
---------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
n			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RL Bau 4.2 ist am erfolgt.☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:Ausführliche Begründung

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Lüftungsanlage, Kriminaltechnische Untersuchung (KTU)
LuKIFG-Projektnr.: 75

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit ☒ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☐ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☒ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Austausch der Lüftungsanlage in der KTU	1
2	Auslagerung der KTU an Externe Labore (Fremdauftrag, Schließung der Anlage)	2
3	Kein Austausch der Lüftungsanlage (Status Quo), Verzicht auf KTU	3

Ergebnis**Alternative 1- Austausch der Lüftungsanlage wird empfohlen.**Weitergehende Erläuterungen

Der Austausch der Lüftungsanlage ist alternativlos, da die jetzige Anlage unterdimensioniert, veraltet und nicht mehr den arbeitsrechtlichen Anforderungen entspricht. Aus diesem Grund erfolgt schon jetzt der Betrieb gedrosselt.

Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit der KTU sind Untersuchungen im Betäubungsmittelbereich. Diese stellen die Grundlage für spätere Strafverurteilungsverfahren dar und müssen daher nach strengen zertifizierten Untersuchungsmethoden erfolgen. Daneben werden Untersuchungen für DNA-Analytik, Technische Formspuren etc. angeboten. Der Verzicht auf kriminaltechnische Untersuchungen (**Alternative 3**) ist daher keine Alternative.

Es wurden im Rahmen der bekannten Probleme weitreichendere Unterstützungsleistungen (neben DNA und Chemische Untersuchungen) durch Dritte – **hier Alternative 2 Auslagerung der KTU an Externe Labore etc.** - erfolglos angefragt, so dass eine dauerhafte Durchführung der gesamten Arbeiten durch Externe keine prüfbare Alternativlösung darstellt. Bei den vorgenannten Fremdvergaben entstehen im Schnitt 100 € pro Fall, wodurch bei Hochrechnung auf Fallkonstellationen (5.000 Fälle im Jahr) jährliche Kosten von 0,5 Mio. € zu erwarten wären, wobei die anderen Untersuchungen erwartungsgemäß über den Kosten der DNA/chemischen Untersuchungen liegen würden.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 2028	2.	n.
---------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
n			

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen/bremischen
Verwaltung gem. RL Bau 4.2 ist am erfolgt.

☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Erneuerung zentraler IT, Netzwerkkomponenten (...) bei der Polizei
Nr. 78

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit ☒ einzelwirtschaftlichen
☐ gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☒ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☒ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☐ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung: 2026

Betrachtungszeitraum (Jahre): 3 Unterstellter Kalkulationszinssatz: 4 %

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Erneuerung der zentralen IT-Hardware/Netzwerkkomponenten	1
2	Keine Umsetzung der Maßnahme	2

Ergebnis

Die Alternative -1- wird empfohlen:

Weitergehende Erläuterungen

Mit der Maßnahme wird überwiegend Ersatz für End-of-Life Technik geleistet. Die Bestandstechnik hat ihre wirtschaftliche Nutzungsdauer erreicht oder überschritten. Eine weitere Verlängerung würde zu steigenden Instandhaltungs- und Reparaturkosten, zunehmenden Ausfallzeiten sowie Einschränkungen der Einsatzverfügbarkeit führen. Eine Nutzungsdauerverlängerung wäre daher weder wirtschaftlich noch sachgerecht. Daneben kommen die durchgeführten Nutzwertanalysen bei den Untermaßnahmen zu folgenden Ergebnissen:

(1) Netzwerkkomponenten/Switches:

Die zusätzlich durchgeführte Nutzwertanalyse ergibt in den qualitativ-strategischen Kriterien einen Wert von 71. Bei der Überprüfung der externen Effekte ergibt sich ein Wert von 69. Aufgrund der Nutzwertanalyse und auch im Hinblick auf die End-of-Life-Situation wird empfohlen, die Maßnahme umzusetzen.

Alternativ könnte die Maßnahme nicht durchgeführt werden. Die Folge wäre, dass es zu Beeinträchtigungen bei der Kommunikation mit und innerhalb der Polizei kommen kann. Im Worst-Case-Szenario könnte die Kommunikation vollständig ausfallen.

Die erforderliche Erneuerung der Netzwerkkomponenten führt zu einer Reduktion der Ausfallzeiten, sichert die Betriebsfähigkeit der Polizei und reduziert die Angriffsvektoren der IT-Systeme. Dieses ist im Hinblick auf die bereits mehrfach erfolgten Cyberangriffe auf deutsche Behörden unerlässlich.

(2) Virtualisierung Server

Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 69 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 71 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Die Durchführung der Maßnahme ist vor dem Hintergrund der Bedeutung für die IT-Strategie der Polizeien des Landes Bremen und der strategischen Bedeutung für das Thema „mobiles Arbeiten“ zwingend zu befürworten. Die Maßnahme ist elementar für die Absicherung des Angebots zur mobilen Arbeit. Durch die erforderliche Erneuerung der Virtualisierungsumgebung werden Ausfallzeiten reduziert, die Betriebsfähigkeit der Polizei gesichert und Angriffsvektoren bei IT-Systemen vermieden.

Alternativ könnte die Maßnahme nicht durchgeführt werden. Das Bestandssystem ist aufgrund Änderungen der Geschäftspolitik End-of-Service, so dass keine neuen Arbeitsplätze eingerichtet werden können und es vermehrt zu Beeinträchtigungen in der Kommunikation innerhalb und außerhalb der Polizeibehörde kommt. Das Bestandssystem ist nicht mehr skalierbar und wird daher die gestiegenen Anforderungen nicht mehr erfüllen können. Die Funktionsfähigkeit der Polizei wäre gefährdet.

(3) Erweiterung Backup Server

Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 70 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 67 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Die Durchführung der Maßnahme ist vor dem Hintergrund der Bedeutung für die IT-Strategie der Polizeien des Landes Bremen und der strategischen Bedeutung für das Thema Business Continuity Management (BCM) zwingend zu befürworten. In einer Zeit, in der insbesondere Cyber-Attacken und Ransomware-Angriffe massiv zunehmen, ist ein schnelles Wiederherstellen von Daten wichtig, um öffentlichkeitswirksam ein schnelles Herstellen der Handlungsfähigkeit der Verwaltung zu ermöglichen.

Alternativ kann die Maßnahme nicht umgesetzt werden. Dies hätte zur Folge, dass bei Cyberangriffen oder betriebsbedingten Ausfällen von einzelnen Komponenten ein hohes Risiko zu Datenverlusten besteht, welche sich unter anderem in den weiteren Verfahren bei der Justiz auswirken.

(4) Segmentierung Server- und Netzwerkinfrastruktur

Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 75 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 72 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Die Durchführung der Maßnahme ist vor dem Hintergrund der Bedeutung für die IT-Strategie der Polizeien des Landes Bremen sinnvoll. Die Segmentierung von Server- und Netzwerkinfrastruktur soll die IT-Sicherheit und Stabilität gerade im globalen Kontext erhöhen, die Risiken bei Sicherheitsvorfällen reduzieren und die Compliance- sowie Skalierbarkeit unterstützen.

Alternativ kann die Maßnahme nicht durchgeführt werden. Dies hätte zur Folge, dass die polizeilichen Informationssysteme nicht nach den Vorgaben des BSI betrieben werden und damit ein erhöhtes Sicherheitsrisiko bei Cyberangriffen besteht.

(5) Ausbau der Enterprise WLAN-Lösung (3 Liegenschaften)

Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 83 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 86 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Die Durchführung der Maßnahme ist vor dem Hintergrund der Bedeutung für die IT-Strategie der FHB und der Polizeien des Landes Bremen sinnvoll. Dabei wird die Digitalisierung durch Mobilisierung und Flexibilisierung gefördert, um auch Datenvolumen von dienstlichen Mobiltelefonen zu schonen. Auch den BürgerInnen wird an den Liegen-schaften der Polizei die Möglichkeit gegeben, WLAN zu nutzen und somit Anzeigeverfahren zu beschleunigen.

Alternativ könnte die Maßnahme nicht umgesetzt werden. Die hätte zur Folge, dass zukünftig mehr Datenvolumen für die dienstlichen Smartphones beschafft werden müsste und mehr Medienbrüche mit Externen auftreten.

(6) Supportabsicherung der Serverinfrastruktur

Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien ge-mäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 64 und das Ergeb-nis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 67 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Die Durchführung der Maßnahme ist vor dem Hintergrund der Absicherung der komplexen Leitstelleninfrastruktur und der angebundenen Polizeinetzsysteme (CNP) von essenzieller Bedeutung. Zur Supportabsicherung und Risi-kominimierung von Datenverlusten und Verfügbarkeitseinbußen sollen entsprechende Sicherungsmaßnahmen ge-troffen werden.

Alternativ könnte die Maßnahme nicht durchgeführt werden. Dies hätte zur Folge, dass wenn angebundene Systeme ausfallen, längere Support- und Reaktionszeiten entstehen. Dies schränkt die Betriebs- und Hand-lungsfähigkeit u.a. der Leitstelle im Eintrittsfall erheblich ein.

(7) Zusätzliche Module für die Einsatzleitstelle

Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien ge-mäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 74 und das Ergeb-nis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 76 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Die Durchführung der Maßnahme ist vor dem Hintergrund der schnelleren und medienbruchfreieren Hilfestellung bei Notrufen erforderlich. Für die Einsatzleitstelle der OPB sollen zwei neue Module implementiert werden, die die Kommunikation mit dem BürgerInnen erheblich qualitativ steigert. Hierbei handelt es sich um ein Modul zur Live Übersetzung und um ein Modul zur automatischen Standortfeststellung.

Alternativ kann die Maßnahme nicht umgesetzt werden. Dies hätte zur Folge, dass gerade bei Notrufen mit Sprach-verständigungsproblemen die Klärung des Sachverhaltes bis zur Hilfeleistung erheblich länger dauert. Gleichzeitig ist das bisherige Standortfeststellungsverfahren sehr aufwendig und kann wertvolle Zeit in den lebensbedrohlichen Lagen eines Notrufenden in Anspruch nehmen.

Fazit

Es wird *dringend* empfohlen, die Maßnahmen umzusetzen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 15.01.2027		
---------------	--	--

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Digitale Infrastruktur der Feuerwehr
Nr. 80

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit ☒ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☐ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☒ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2026

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz: 4,00 %

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Ersatzbeschaffung der IT-Komponenten	1
2	keine Umsetzung der Maßnahme	2

Ergebnis

Mit der Maßnahme wird überwiegend Ersatz für End-of-Life Technik geleistet. Die Bestandstechnik hat ihre wirtschaftliche Nutzungsdauer erreicht oder überschritten. Eine weitere Verlängerung würde zu steigenden Instandhaltungs- und Reparaturkosten, zunehmenden Ausfallzeiten sowie Einschränkungen der Einsatzverfügbarkeit führen. Eine Nutzungsdauerverlängerung wäre daher weder wirtschaftlich noch sachgerecht. Daneben kommen die durchgeführten Nutzwertanalysen bei den Untermaßnahmen zu folgenden Ergebnissen:

1. Ersatzbeschaffung des Datenmassenspeichers

Es handelt sich um die Ersatzbeschaffung eines vorhandenen Gerätes, das aufgrund des Alters und der Kapazität ausgetauscht werden muss. Kostenschätzung: 105.000,- €

Die Maßnahme könnte alternativ nicht durchgeführt werden. Es besteht die Gefahr des Ausfalls aller Fachverfahren der Feuerwehr Bremen (inkl. Leitstelle und Rettungsdienst).

2. Ersatzbeschaffung des virtuellen Serversystems

Es handelt sich um den Austausch eines vorhandenen Gerätes, das aufgrund des Alters und der Kapazität ausgetauscht werden muss. Kostenschätzung 330.000,- €

Die Maßnahme könnte alternativ nicht durchgeführt werden. Es besteht die Gefahr von Datenverlust und Ausfall der gesamtheitlichen IT der Feuerwehr Bremen (inkl. Leitstelle und Rettungsdienst).

3. Cybersicherheitserhöhung (Strategie und Umsetzung)

Den Kosten für die Beschaffung stehen keine Einnahmen in ausreichender Höhe gegenüber, sodass der Kapitalwert negativ ausfällt. Die Nutzwertanalyse ergibt in den qualitativ-strategischen Kriterien einen Wert von 64. Bei der Überprüfung der externen Effekte ergibt sich ein Wert von 62.

Die Maßnahme könnte alternativ nicht durchgeführt werden. Die Folge wäre, dass keine vorbeugende Maßnahme entsprechend der aktuellen Cybersicherheitsstrategie der FHB zum Tragen kommt und damit das Ausfallrisiko der Betriebsfähigkeit der Feuerwehr und des Rettungsdienstes im Falle eines Cyberangriffes steigt.

4. Beschaffung von zwei mobilen Führungsstellen

Den Kosten für die Beschaffung stehen keine Einnahmen in ausreichender Höhe gegenüber, sodass der Kapitalwert negativ ausfällt. Die Nutzwertanalyse ergibt in den qualitativ-strategischen Kriterien einen Wert von 64. Bei der Überprüfung der externen Effekte ergibt sich ein Wert von 63. Aufgrund der Nutzwertanalyse und auch im Hinblick auf die derzeit noch analogen Verfahren wird empfohlen, die Führungsstellen zu beschaffen und somit, durch die Digitalisierung von Abläufen sowie deren Verkürzung, in den belastenden Situationen von Ausnahmelagen Erleichterung und Kapazitäten für andere Tätigkeiten zu schaffen.

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Alternativ könnte die Maßnahme nicht durchgeführt werden. Die Folge wäre eine Fortführung der bisherigen Abläufe. Eine manuelle Bearbeitung stellt eine zusätzliche Belastung der Mitarbeitenden in Extremsituationen sowie eine vermeidbare Verzögerung von Arbeitsprozessen dar und sollte vermieden werden. Aufgrund zurückliegender Ereignisse (Hochwasser) ist die Maßnahme zwingend und unerlässlich zur verbesserten Aufgabenwahrnehmung.

5. Austausch Störmeldeanlage

Den Kosten für die Beschaffung stehen keine Einnahmen in ausreichender Höhe gegenüber, sodass der Kapitalwert negativ ausfällt. Die Nutzwertanalyse ergibt in den qualitativ-strategischen Kriterien einen Wert von 68. Bei der Überprüfung der externen Effekte ergibt sich ein Wert von 76.

Die Störmeldungen sind bei einem Black-out-Fall für die Aufrechterhaltung der Feuerwehr- und Rettungsleitstelle von existenzieller Bedeutung. Dies ist nach aktuellem Stand der Technik nur bedingt gegeben (Technik entspricht nicht dem aktuellen Stand der Technik) sowie den aktuellen KRITIS-Vorgaben.

Aufgrund der Nutzwertanalyse und auch im Hinblick auf der vorab dargestellten Begründung wird empfohlen, die Ertüchtigung des Störmeldesystems umzusetzen.

Alternativ könnte die Maßnahme nicht durchgeführt werden. Dies hätte zur Folge, dass die aktuellen KRITIS-Vorgaben nicht eingehalten werden. Eine Störung der angebundenen Systeme würde mit Zeitverzögerung bekannt werden. Ein Ausfall der Störmeldeanlagen würde das unverzügliche Bekanntwerden einer Störung angebundener Systeme vollends unmöglich machen. Dieses würde die Aufgabenwahrnehmung der Feuerwehr behindern oder sogar verhindern.

6. Ersatzbeschaffung Videotechnik

Es handelt sich um eine Ersatzbeschaffung der vorhandenen, überalterten Videotechnik in der Feuer- und Rettungswache 1 und der Feuerwehr- und Rettungsleitstelle. Kostenschätzung: 85.000 €

Die Maßnahme könnte alternativ nicht durchgeführt werden. Die Folge wäre, dass die vorhandene Videotechnik vermehrt von Ausfällen bedroht ist. Dadurch können sich Unbefugte Zugang zum Standort verschaffen und einen Sicherheitsvorfall auslösen. Die Sicherheit des Standortes und Betriebsfähigkeit der Feuerwehr wäre nicht gegeben oder im Worst Case sogar gefährdet.

Fazit

Es wird dringend empfohlen, die Maßnahme umzusetzen.

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 04.01.2027		
---------------	--	--

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:

- ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
- ☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremsischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.
- ☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Spezialschutzausstattung, reguläre Schutzausstattung und Sondertechnik Polizei Nr. 90, 91 und 92

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit ☒ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☐ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☐ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung: 2026

Betrachtungszeitraum (Jahre): 3 Unterstellter Kalkulationszinssatz: 4 %

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigegefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Ersatzbeschaffung der (Spezial)Schutzausrüstung und Sondertechnik	1
2	Keine Umsetzung der Maßnahme	2

Ergebnis

Die Alternative -1- wird empfohlen:

Weitergehende Erläuterungen

Diese Einsatzmittel sind für die rechtmäßige Aufgabenwahrnehmung der Polizei zwingend erforderlich und dienen insbesondere der Gefahrenabwehr, der Einsatzführung sowie der Eigensicherung der Einsatzkräfte. Die Beschaffenheit und der Einsatz dieser Mittel unterliegen verbindlichen rechtlichen Vorgaben, insbesondere aus dem Arbeits- und Gesundheitsschutz, der Arbeitssicherheit sowie einschlägigen technischen und einsatzbezogenen Regelwerken. Diese Vorgaben begrenzen den wirtschaftlichen Gestaltungsspielraum erheblich und lassen keine gleichwertigen, kostengünstigeren Handlungsalternativen zu.

In der Regel handelt es sich um notwendige Ersatzbeschaffungen. Die vorhandenen Einsatzmittel haben ihre wirtschaftliche Nutzungsdauer erreicht oder überschritten, entsprechen aufgrund technischer Weiterentwicklung oder geänderter rechtlicher Anforderungen nicht mehr den geltenden Standards oder weisen alters- und nutzungsbedingte Verschleißerscheinungen auf. Insofern ist der Zeitpunkt der Beschaffung der Wirtschaftlichkeitsfaktor.

Eine weitergehende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung im Sinne der Landeshaushaltsordnung ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine rein monetäre Betrachtung würde den Nutzen der Maßnahme nicht angemessen abbilden, da wesentliche qualitative Faktoren wie Einsatzfähigkeit, Verfügbarkeit, Zuverlässigkeit sowie der Schutz von Leben und Gesundheit der Einsatzkräfte und Dritter nicht quantifizierbar sind. Die vorgesehenen Beschaffungen sind erforderlich und angemessen, um eine dauerhaft sichere und ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit wird durch die Beschränkung auf notwendige Ersatzbeschaffungen sowie die Einhaltung der geltenden Standards gewahrt. Im Rahmen der Vergabe werden Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte (u.a. Preise) berücksichtigt. Leasingmodelle sind für polizeiliche Führungs- und Einsatzmittel regelmäßig nicht sachgerecht bzw. erkennbar unwirtschaftlicher, weil Leasing als reines Finanzierungsgeschäft neben den Beschaffungskosten auch Finanzierungskosten enthalten muss.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 15.01.2027		
---------------	--	--

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremsischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Personaleinsatzsteuerungstool Polizei Nr. 95

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit ☒ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☒ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☒ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☐ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung: 2026

Betrachtungszeitraum (Jahre): 4 Unterstellter Kalkulationszinssatz: 4%

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Weiterführung des Projekts Dienst-, Einsatzplanungs- und Personalverwaltungstool Polizei	1
2	Keine Durchführung der Maßnahme	2
n		n

Ergebnis

Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2) und zur Auflösung aktueller datenschutzrechtlicher Konfliktbereiche.

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 76 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 64 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Die Maßnahme ist alternativlos, da eine Nichtdurchführung zur Folge hätte, dass neue gesetzliche Vorgaben nicht erfüllt werden können. Es ergibt sich kein monetärer Vorteil, aber das Bestandssystem ist End-of-Life und muss zur Aufrechterhaltung des polizeilichen Dienstbetriebes zwingend erneuert werden.

Weitergehende Erläuterungen

Vergabe und Implementierung eines zukunftsfähigen Dienst-, Einsatzplanungs- und Personalverwaltungstool mit integrierter Arbeitszeiterfassung in der Polizei Bremen und Ortspolizeibehörde Bremerhaven.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 01.07.2026	2. 01.04.2027	3. 03.01.2028
---------------	---------------	---------------

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:Ausführliche Begründung

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Fahrzeugbeschaffung Polizei
Nr. 96**Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit**☒ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☒ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☒ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2026

Betrachtungszeitraum (Jahre): 10 Jahre

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

4%

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigegefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Kauf der Fahrzeuge	1
2	Leasing der Fahrzeuge	2
3	Keine Umsetzung der Maßnahme	3

Ergebnis**Die Alternative -1- wird empfohlen.**Weitergehende Erläuterungen

Gegenstand dieser Vorlage sind Beschaffungen von polizeilichen Einsatzfahrzeugen. Diese Einsatzfahrzeuge sind für die rechtmäßige Aufgabenwahrnehmung der Polizei zwingend erforderlich und dienen insbesondere der Gefahrenabwehr, der Einsatzführung sowie der Eigensicherung der Einsatzkräfte.

Für die unter Punkt 7 des Maßnahmenblattes genannten Fahrzeuggruppen wurde im Rahmen einer durchgeführten Wirtschaftlichkeitsberechnung der individuelle optimale Ersatzzeitpunkt annähernd bestimmt. Hierbei wurden mit der Kapitalwertmethode unterschiedliche Nutzungszeiten und die entsprechenden Zahlungsströme verglichen. Die optimale Nutzungsdauer (= wirtschaftlicher Ersatzzeitpunkt) wird als Kriterium in der Fahrzeuersatzplanung berücksichtigt. Alle Fahrzeuge, die im Rahmen dieser Sofortinvestitionsmaßnahme ersetzt werden, haben den optimalen Ersatzzeitpunkt erreicht oder überschritten.

In einer globalen Analyse des Gesamtfuhrparks der Polizei Bremen im Jahr 2022 wurden unterschiedliche Finanzierungsformen (Kauf/Leasing) für alle relevanten Fahrzeugfunktionen betrachtet. Hierbei wurden die unterschiedlichen Zahlungsströme in einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung verglichen und die Kapitalwerte bewertet. Im Ergebnis war die Finanzierungsform „Kauf“ bei den hier zu berücksichtigenden Fahrzeuggruppen wirtschaftlicher. Der Ergebnisbericht ist aufgrund einsatztaktischer Erwägungen unter Verschluss und wird daher nicht beigegefügt. Er kann bei Bedarf vorgelegt werden.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 2027	2.	n.
---------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
n			

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremsischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Ladeinfrastruktur für Hybrid-Fahrzeuge 2026 ff., Polizei
LuKIFG-Projektnr.: 97

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit ☒ einzelwirtschaftlichen
☐ gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☐ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☒ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Beschaffung Ladeinfrastruktur für E-Mobilität	1
2	Keine Beschaffung, Nutzung Ladeinfrastruktur von Dritten	2
n		

Ergebnis**Die Alternative -1- wird empfohlen**

Weitergehende Erläuterungen

Für die weiteren Beschaffung von hybriden/elektronisch betriebenen Fahrzeugen der Polizei ist die Vorhaltung entsprechender Ladeinfrastruktur an ausgewählten Standorten erforderlich. Die Nutzung öffentlicher Ladeinfrastruktur für Polizeifahrzeuge kommt regelmäßig nicht in Betracht, da öffentliche Ladeinfrastruktur nicht hinreichend (in der Nähe von Polizeistandorten) vorhanden ist.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 2027	2.	n.
---------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
n			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /

☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen/bremischen Verwaltung gem. RL Bau 4.2 ist am erfolgt.

☒ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Die Einführung der E-Mobilität im Bereich der Dienstfahrzeuge der Polizei ist Teil des Maßnahmenplans der Klimaschutzstrategie des Landes Bremen (s. auch BremKEG). Um E-/Hybridfahrzeuge bei der Polizei nutzen zu können, muss hierfür eine eigene Ladeinfrastruktur geschaffen werden. Bei der Umsetzung werden hierfür im Weiteren Vergleichsangebote eingeholt, sodass in diesem Rahmen Wirtschaftlichkeitsvergleiche erfolgen.

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Verfügungsgebäude Polizei, Planungsmittel LuKIFG-ProjektNr. 98

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit ☒ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☐ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☒ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Verfügungsgebäude während Sanierung	1
2	Drittanmietung während Sanierung	2
n		

Ergebnis**Die Alternative -1- wird empfohlen.****Weitergehende Erläuterungen**

Die IB ist gemeinsam mit beauftragten Architekten, Polizei und SIS dabei, die Sanierungs- und Modernisierungsnotwendigkeiten für das Gelände der Bereitschaftspolizei zu erfassen. Aufsetzend auf den Erfahrungen der Sanierungsplanungen des Blocks IX und des Blocks I sind vollständige Gebäudefreizüge während der baulichen Arbeiten notwendig. Aufgrund der Größe des Geländes bzw. der Anzahl und Dimension der zu sanierenden Gebäude ist von einem sehr langanhaltenden Sanierungsprozess (von 10+X Jahren) auszugehen, in dem Interims-lösungen benötigt werden. Die betreffenden Polizeieinheiten sind stark mit anderen Funktionen auf der Liegen-schaft verwoben, so dass Interims-lösungen aus diesem sowie Sicherheitsgründen auf dem Gelände geschaffen werden müssen und eine zusätzliche Anmietung zusätzlicher Flächen außerhalb der Liegenschaften nicht in Frage käme.

Die von allen Beteiligten vorgeschlagene Lösung stellt den Neubau eines sog. Verfügungsgebäudes dar, wo im Sanierungsprozess verschiedene Polizeieinheiten auf dem Bepo-Gelände schrittweise ein und ausziehen kön-nen. Nach Abschluss des Sanierungsprozesses ist eine Nutzung sichergestellt, da ortsflexible und -fremde Poli-zeieinheiten, dann bestehende Drittanmietungen aufgeben und in das Verfügungsgebäude ziehen könnten.

Bei der Neubauplanung und ggfs. -umsetzung werden im Weiteren Vergleichsbetrachtungen durchgeführt, so-dass in diesem Rahmen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen erfolgen.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 2027	2.	n.
---------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
n			

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremsischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Fuhrpark und Geräte Katastrophenschutz
Nr. 100

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit☐ einzelwirtschaftlichen☐ gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☐ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest☐ SensitivitätsanalyseX ☐ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Umsetzung der Beschaffungen (Kauf)/Maßnahmen	1
2	Leasing	2
3	Manueller Transport im Rahmen von Logistik und/oder Versorgungsmaßnahmen (Bsp. Kraftstofflogistik)	3
4	Aussetzung rechtlich vorgeschriebener Arbeitsschutzmaßnahmen durch fehlende PSA bei Katastrophenschutzeinheiten	4

Ergebnis**Im Ergebnis wird die Umsetzung der Beschaffungen (Kauf) empfohlen.**Weitergehende Erläuterungen

Die Beschaffungen umfassen in der Regel Sonderfahrzeuge, Geräte und Material, die/das nicht Marktüblich vorhanden oder nur begrenzt verfügbar sind/ist. Nicht umgesetzte Beschaffungen stehen der Bildung von zwingend erforderlichen Resilienzen und dem Aufbau von Vorhaltungen und Maßnahmen zur Bewältigung von Schadenslagen in Krisen- oder Katastrophenfällen unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen entgegen.

Leasingmodelle sind für spezifische Beschaffungsvorhaben außerhalb des Fuhrparks regelmäßig nicht sachgerecht bzw. erkennbar unwirtschaftlicher, weil Leasing als reines Finanzierungsgeschäft neben den Beschaffungskosten auch Finanzierungskosten enthalten muss.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1.	2.	n.
----	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
n			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremschen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Investitionsstau Geräteersatzbeschaffungen und Atemschutztechnik Feuerwehr Bremen Nr. 102
--

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit ☒ einzelwirtschaftlichen
☐ gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☒ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☒ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Ersatzbeschaffung der Altgeräte	1
2	Beibehaltung der Altgeräte	2
n		

Ergebnis

Die Alternative -1- wird empfohlen.
--

Weitergehende Erläuterungen

Mit der Maßnahme wird Ersatz für abgeschriebene/veraltete Gerätschaften und Technik geleistet. Die vorhandenen Gerätschaften haben ihre wirtschaftliche Nutzungsdauer erreicht oder überschritten. Eine weitere Verlängerung würde zu steigenden Instandhaltungs- und Reparaturkosten, zunehmenden Ausfallzeiten sowie Einschränkungen der Einsatzverfügbarkeit führen. Zudem entsprechen die Bestandsmittel teilweise nicht mehr den aktuellen technischen, arbeits- und gesundheitsschutzrechtlichen Anforderungen. Eine Nutzungsdauerverlängerung wäre daher weder wirtschaftlich noch sachgerecht. Hinzukommt, dass die Altgeräte mitunter nicht mehr kompatibel zu neuen, bereits ersatzbeschafften Geräten sind.

Eine tiefergehende betriebswirtschaftliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist bei den geplanten Ersatzbeschaffung vor diesem Hintergrund nicht angemessen.

Kurzfristig notwendige Ersatzbeschaffungen würden bei einem Ausfall und Nicht-Beschaffung vielfach direkte Auswirkungen auf die Einsatzfähigkeit haben, da ein Ausfall aus Gründen der Einsatzbereitschaft nicht akzeptabel ist und die Systeme vielfach redundant gesichert sein oder in ausreichender Menge als Ersatz-Geräte vorhanden sein müssen.

Gegenstand der Vorlage sind im Wesentlichen Ersatz-Beschaffungen von persönlicher und technischer Schutzausstattung. Diese Einsatzmittel sind für die Aufgabenwahrnehmung der Feuerwehr zwingend erforderlich und dienen insbesondere der Gefahrenabwehr, der Einsatzführung sowie der Eigensicherung der Einsatzkräfte. Die Beschaffenheit und der Einsatz dieser Mittel unterliegen verbindlichen rechtlichen Vorgaben, insbesondere aus dem Arbeits- und Gesundheitsschutz, der Arbeitssicherheit sowie einschlägigen technischen und einsatzbezogenen Regelwerken. Diese Vorgaben begrenzen zwar den wirtschaftlichen Gestaltungsspielraum erheblich und lassen regelmäßig keine gleichwertigen, kostengünstigeren Handlungsalternativen zu, sie ändern jedoch nichts an der Erfordernis einer Beschaffung.

In der Regel handelt es sich um notwendige Ersatzbeschaffungen. Die vorhandenen Einsatzmittel haben ihre wirtschaftliche Nutzungsdauer erreicht oder überschritten, entsprechen aufgrund technischer Weiterentwicklung oder geänderter rechtlicher Anforderungen nicht mehr den geltenden Standards oder weisen alters- und nutzungsbedingte Verschleißerscheinungen auf.

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Eine vertiefte Wirtschaftlichkeitsuntersuchung im Sinne der Landeshaushaltsordnung ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine rein monetäre Betrachtung würde den Nutzen der Maßnahme nicht angemessen abbilden, da wesentliche qualitative Faktoren wie Einsatzfähigkeit, Verfügbarkeit, Zuverlässigkeit sowie der Schutz von Leben und Gesundheit der Einsatzkräfte und Dritter nicht quantifizierbar sind.

Die vorgesehenen Beschaffungen sind erforderlich und angemessen, um eine dauerhaft sichere und ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung zu garantieren. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit wird durch die Beschränkung auf notwendige Ersatzbeschaffungen sowie die Einhaltung der geltenden Standards gewahrt. Leasingverträge bilden die Erfordernisse nicht wirtschaftlich und rechtssicher ab. Eine wirtschaftlich gleichwertige Alternative zur Eigenbeschaffung liegt beim Leasing nicht vor, weil der Leasinggeber neben dem Erwerb der Geräte auch die Finanzierungskosten, seinen Aufwand zzgl. ggf. unternehmerischen Gewinn in den Angebotspreis einkalkulieren muss.

Aufgrund der zwingenden rechtlichen und fachlichen Anforderungen sowie der Funktion der Geräte/Atemschutztechnik besteht kein relevanter Entscheidungs- oder Gestaltungsspielraum. Ein Variantenvergleich würde keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn liefern und wäre gemessen an Art, Umfang und Entscheidungsrelevanz der Maßnahme nicht verhältnismäßig im Sinne der Landeshaushaltsordnung. Der Nutzen der Maßnahme liegt wesentlich in der Sicherstellung von Einsatzfähigkeit, Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit sowie im Schutz von Leben und Gesundheit. Diese Aspekte sind für die Aufgabenerfüllung zentral, jedoch nicht sinnvoll monetarisierbar.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 2027	2.	n.
---------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
n			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen/bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am _____ erfolgt.

☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Planungsmittel Feuerwache 3 und Schwerpunktwehr West (Feuerwehr) Nr. 103

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit☒ **einzelwirtschaftlichen**☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☐ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest☐ Sensitivitätsanalyse☒ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Aufnahme der Planung	1
2	Keine Aufnahme der Planung	2
n		

Ergebnis**Die Alternative -1- wird empfohlen.**Weitergehende Erläuterungen

Die Aufnahme der Planungen für die Feuerwache 3 wird im Brandschutzgutachten der Stadtgemeinde Bremen empfohlen. Bei der Bewertung sind wirtschaftlich-effiziente Gesichtspunkte insofern berücksichtigt worden, als dass der Zustand des Bestandsgebäudes und die (zukünftige) Lage der Liegenschaft im Verhältnis zu den Schutzziele gesetzt werden. Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erfolgt im Rahmen der weiteren Planungen/Machbarkeitsstudie.
--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 2027	2.	n.
---------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
n			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:Ausführliche Begründung

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Fahrzeugbeschaffungen Feuerwehr Bremen
Nr. 105**Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit** ☒ **einzelwirtschaftlichen**
☐ **gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

☐ Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung ☒ Barwertberechnung ☐ Kosten-Nutzen-Analyse
☐ Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

☐ Nutzwertanalyse ☐ ÖPP/PPP Eignungstest ☐ Sensitivitätsanalyse ☐ Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2027

Betrachtungszeitraum (Jahre): 10

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Kauf der Fahrzeuge	1
2	Leasing der Fahrzeuge	2
n		

Ergebnis**Die Alternative -1- wird empfohlen.**Weitergehende Erläuterungen

Im Rahmen der obligatorischen Kapitelwertmethode werden der Kauf der Fahrzeuge mit dem alternativen Leasing/Mietgeschäft (konsumtiv) verglichen. In Folge der Beschlusslage des Senats des Fahrzeugkonzept der FW 2024 sind in 2025 vergleichende Ausschreibungen für Hilfslöschfahrzeuge und Drehleitern auf Leasingbasis durchgeführt worden. Die Angebotspreise lagen dabei durchgehend deutlich über den Annahmen des Fahrzeugkonzepts und der damaligen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, so dass alternativ die Kaufoptionen umgesetzt werden musste. Dies war insofern zu erwarten, als dass die Finanzierungskosten seit Ende der Niedrigszinsphase auch beim Leasinggeschäft deutlich angestiegen sind und der Leasinggeber neben dem Kaufpreis seine Service- und Finanzierungskosten zzgl. ggf. unternehmerischen Gewinn in den Angebotspreis einkalkulieren muss. Ein erneuter Vergleich der bauidentischen Fahrzeugtypen im vorliegenden Fall kommt daher auch zum selben Ergebnis.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 2027	2.	n.
---------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Siehe Maßnahmenblatt		
2			
n			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: ☐ die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
☐ die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

☐ Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:Ausführliche Begründung

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)

Anlage zur Vorlage : Investitionssofortprogramm im Ressort Inneres –

Finanzierung aus Mitteln des LuKIFG

Datum : 24.02.2025